



## 0. Eröffnung der Stadtratssitzung

**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP)** begrüsst die Mitglieder des Stadt- und des Gemeinderates, die Besucherinnen und Besucher und die Medienschaffenden zur zweiten Stadtratssitzung des Jahres 2016, da die Stadtratssitzung vom 7. März 2016 bekannterweise mangels beschlussesreifer Geschäfte abgesagt worden sei.

Nebst der Absage der Stadtratssitzung gebe es noch das eine oder andere Ereignis zu vermelden:

- Mittlerweile dürfte allseits bekannt sein, dass es in Langenthal im Herbst 2016 auf alle Fälle "chunnt cho wähle". Der Kampf um das Stadtpräsidium sei seit Anfang März offiziell eröffnet. An dieser Stelle wünsche er den beiden Protagonisten einen schönen, spannenden und lustigen Wahlkampf.
- Der Vorhang im Stadttheater Langenthal sei gefallen. Alle, die am Theaterfest am 30. April 2016 teilgenommen haben, haben ein lehrreiches und unterhaltsames Superfest erlebt.
- Am 8. März 2016 habe Stadtrat Martin Stauffer (FDP) seinen Rücktritt aus dem Stadtrat mitgeteilt:

Martin Stauffer  
Mitglied des Stadtrates  
Mitglied der FDP Langenthal  
Allmengasse 30  
CH-4900 Langenthal

08. MRZ. 2016

### Einschreiben

Stadtrat Langenthal  
Herr Bernhard Marti, Präsident  
Präsidialamt  
Jurastrasse 22  
4900 Langenthal

Langenthal, 08. März 2016

An dieser Stelle danke er Herrn Stadtrat Martin Stauffer für seine geleistete Arbeit sowie für seine brückenbauenden Gedanken.

Wenn ein Mitglied aus dem Stadtrat zurücktrete, entstehen Platz für ein neues Mitglied. Mittels Pressemitteilung vom 1. April 2016 sei informiert worden, dass Frau Franziska Zaugg-Streuli (FDP) als Mitglied des Stadtrates ab 1. April bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode (31. Dezember 2016) den freien Platz einnehme.

Er wünsche Franziska Zaugg-Streuli (FDP) einen guten Start, viel Freude und Befriedung bei der Ausübung des Amtes als Stadträtin.

Sehr geehrter Herr Präsident des Stadtrates  
Werte Damen und Herren des Stadtratsbüros

Per 01. April 2016 erkläre ich den Rücktritt aus dem Stadtrat Langenthal.

Es ist an der Zeit Platz zu machen für Leute aus unserer Partei, die neuen Schwung und neue Ideen in die Langenthaler „Dorfpolitik“ bringen werden.

Mit der Übernahme des Präsidiums des Stadtrates durch Bernhard Marti ist mir bewusst geworden wie schnell die Zeit vergangen ist. Ich habe bemerkt, dass Jüngere bereit stehen und sich in der Politik engagieren wollen. Stadtratspräsident Marti besuchte mit meinem Sohn den Kindergarten; beides sind Zöglinge von Nathalie Scheibli. Sie hatten dadurch einen guten Start und gute Voraussetzungen für ihre Laufbahn – ungeachtet der politischen Couleur. Meine Kinder haben bei meiner Nachfolgerin für den Stadtrat die erste und zweite Klasse besucht – auch dies ein Indiz, dass es für mich an der Zeit ist zu gehen. Es ist diese Generation die nun versuchen wird, für die anstehenden Aufgaben Lösungen zu finden.

Ich wünsche dem Stadtrat in Zukunft etwas mehr Mut. Unkonventionelle und visionäre Gedanken sollten diskutiert werden, bevor man dem Machbaren Platz gibt. Einmal auch über den eigenen partei-politischen Schatten springen würde hierbei helfen.

Das Wichtigste für ein funktionierendes Gemeinwesen ist eure Bereitschaft, ein politisches Amt auszuüben und sich für das Gemeinwohl einzusetzen – und hierzu wünsche ich euch viel Freude, Genugtuung und Erfolg.

Martin Stauffer



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

Das Protokoll der Sitzung vom 25. Januar 2016 sei auf der Homepage der Stadt Langenthal aufgeschaltet.<sup>1</sup> Unter Verdankung für dessen Verfassung werde der Protokollführerin das Wort zum **Appell** erteilt:

- **36** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.<sup>2</sup>
  - **4** Mitglieder des Stadtrates sind entschuldigt abwesend.
- **6** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.<sup>2</sup>

**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP):** Der Versand der Traktandenliste sowie die Aktenaufgabe seien vorschriftsgemäss erfolgt. Betreffend die Traktandenliste sei ein Wortbegehren angemeldet, um dessen Vorbringen er nun bitte.

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Markus Gfeller (FDP):** Weil auf der Traktandenliste nach Erachten der FDP/jll/BDP-Fraktion zwei Geschäfte fehlen, die die Fraktion gerne traktandiert haben möchte, erlaube er sich, dem Stadtrat den Antrag zu stellen, die Traktandenliste wie dargestellt zu ergänzen. →

Der Antrag sei mit seinem Char-  
genwechsel vom Stadt- in den Gemeinderat zu begründen. Aufgrund des Wechsels habe er als Mitglied der Finanzkommission sowie als Mitglied der Kommission für öffentliche Sicherheit demissioniert. Da er leider nicht bedacht habe, dass dem Stadtratsbüro wahrscheinlich hätte angemeldet werden müssen, die beiden Ersatzwahlen auf die nächste Stadtratstraktandenliste zu setzen, hole er dies namens der FDP/jll/BDP-Fraktion heute nach.

Ihm sei bewusst, dass man in der Vergangenheit mit kurzfristigen Nachtraktandierungen (insbesondere bei Nachwahlen) aufgrund der "Unkenntnis der Person" nicht immer glücklich gewesen sei.



## Stadtrat

Montag, 2. Mai 2016, Traktandum Nr. 0

### Antrag Erweiterung der Traktandenliste

FDP/jll/BDP-Fraktion

#### Traktanden

1. Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Langenthal an Herrn Hans-Jürg Käser, Regierungsrat
2. Bestattungs- und Friedhofreglement vom 25. Januar 1999: Teilrevision, Genehmigung
  - Motion Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 20. Januar 2014: Namenstafel beim Gemeinschaftsgrab (als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt am 12. Mai 2014), Abschreibung
3. Stadion Hard, Bern-Zürichstrasse 32: Sanierung des Hauptrasenfeldes und der Elektroanlagen, Projektgenehmigung und Bewilligung Investitionskredit
4. Postulat (gewandelte Motion) Rickli Karin (GL) und Mitunterzeichnende vom 24. Februar 2014: Offenlegung der Interessenbindungen des Gemeinde- und Stadtrates (in Postulat gewandelt und als solches erheblich erklärt am 12. Mai 2014), Berichterstattung und Abschreibung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates, Kenntnisnahme
5. **Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Ersatzwahl von Wyss Kurt [FDP], Verkaufsleiter Mobiliar für den am 2. Mai 2016 zurücktretenden Gfeller Markus [FDP], dipl. Wirtschaftsprüfer)**
6. **Wahl eines Mitglieds der Kommission für öffentliche Sicherheit (Ersatzwahl von Schick Daniel [FDP], Eidg. dipl. Bankfachmann für den am 2. Mai 2016 zurücktretenden Gfeller Markus [FDP], dipl. Wirtschaftsprüfer)**
7. Motion der SVP-Fraktion vom 25. Januar 2016: Gleichbehandlung von Sozialpreis und Kulturpreis, Stellungnahme
8. Motion Morgenthaler Helena, Schütz Andrea (beide SVP) und Mitunterzeichnende vom 25. Januar 2016: Videoüberwachung Kreuzfeld-Areal, Stellungnahme
9. Mitteilungen des Gemeinderates
10. Parlamentarische Fragestunde
11. Bekanntmachung der eingereichten Parlamentarischen Vorstösse

<sup>1</sup> <https://secure.i-web.ch/gemweb/langenthal/de/verwaltung/publikationen/?action=info&pubid=91103>

<sup>2</sup> Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind 36 Stadtratsmitglieder anwesend. Ab 20.25 Uhr sind 35 Stadtratsmitglieder anwesend.

Zum Appell sind 6 Mitglieder des Gemeinderates anwesend. Ab 18.25 Uhr sind 7 Mitglieder des Gemeinderates anwesend.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

An dieser Stelle könne er versichern, dass die beiden zur Ersatzwahl vorgeschlagenen, bekannte Personen seien, was das den Erweiterungsantrag betreffende Abstimmungsverhalten möglicherweise erleichtere. Die FDP/jll/BDP-Fraktion nominiere für die Finanzkommission Herrn Stadtrat Kurt Wyss (FDP) und für die Kommission für öffentliche Sicherheit Herrn Stadtrat Daniel Schick (FDP).

**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP)** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass auf den zur Beratung freigegebenen **Antrag der FDP/jll/BDP-Fraktion zur Erweiterung der Traktandenliste** keine Wortbegehren vorliegen und bittet um Abgabe der Stimme:

■ **Der Stadtrat stimmt der Erweiterung der Traktandenliste um zwei Geschäfte (Ersatzwahl Mitglied Finanzkommission und Ersatzwahl Mitglied der Kommission für öffentliche Sicherheit) mit 36 Stimmen Ja, gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) zu.**

**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP):** Die Traktandenliste sei damit entsprechend dem Antrag der FDP/jll/BDP-Fraktion erweitert.

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 1. Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Langenthal an Herrn Hans-Jürg Käser, Regierungsrat

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** In Ergänzung zum schriftlich vorliegenden Antrag führe er gerne aus, welche Überlegungen zum Antrag geführt haben, dem heutigen Regierungspräsidenten Herrn Hans-Jürg Käser das Ehrenbürgerrecht der Stadt Langenthal zu verleihen.

Seite 3 des schriftlichen Berichts enthalte eine Liste der Personen, an die das Ehrenbürgerrecht der Stadt Langenthal verliehen worden sei. Aktuell gebe es vier lebende Träger der Ehrenbürgerwürden der Stadt Langenthal:

- Herr Walter Meyer (ehemaliger Gemeindepräsident)
- Herr Max Jufer (Stadthistoriker)
- Herr Heinz Holliger (international sehr bekannter Musiker und Komponist)
- Herr Johann Niklaus Schneider Ammann (aktueller Bundespräsident)

Die Motive die zur Ehrenbürgerschaft führen, seien unterschiedlicher Natur. Unter den Trägern befinden sich Politiker sowie kulturell engagierte Personen und auch Personen, die sich für das Stadtleben (beispielsweise als Stadtchronist/Historiker) verdient gemacht haben.

Ein Blick zurück zeige, dass es in Langenthal Usanz sei, abtretende Gemeindepräsidenten zu ehren. Zu diesen Ehrenbürgern gehören Walter Morgenthaler, Hans Ischi und Walter Meyer. Anders als im Bericht auf Seite 3 dargestellt, sei erstmals bereits bei Herrn Hans Ischi, die Praxis des Vorschlagswesens dahingehend geändert worden, auch die Gattin eines abtretenden Gemeindepräsidenten in den Vorschlag einzu beziehen.

Als Herr Hans-Jürg Käser im Jahre 2006 in den Regierungsrat gewählt worden sei, sei vorgeschlagen worden, ihm das Ehrenbürgerrecht als ehemaligem Stadtpräsidenten sowie seiner Gattin zu verleihen. Die Praxis, das Ehrenbürgerrecht auch den Ehefrauen ehemaliger Gemeindepräsidenten zu erteilen, habe damals bekanntermassen ein unschönes Medienecho ausgelöst, was letztendlich das geführt habe, dass Hans-Jürg Käser und seine Frau auf das Ehrenbürgerrecht der Stadt Langenthal verzichteten.

Mittlerweile seien 10 Jahre vergangen. In Anbetracht der langen Liste von Verdiensten, die Hans-Jürg Käser für die öffentliche Hand in insgesamt 27 Jahren geleistet habe, beantrage der Gemeinderat dem Parlament, dem aktuell amtierenden Regierungspräsidenten Hans-Jürg Käser das Ehrenbürgerrecht der Stadt Langenthal zu verleihen.

Der Presse habe entnommen werden können, dass Herr Hans-Jürg Käser das Ehrenbürgerrecht nicht ablehnen würde und, dass er den für die Verleihung vorgesehenen Termin im Rahmen der Bundesfeier 2016 in seiner Agenda reserviert habe.

**SVP-Fraktion, Helena Morgenthaler (SVP):** "*Gouverner c'est prévoir!*" sei einer von Hans-Jürg Käser bei passender Gelegenheit verwendeten Aphorismen. Von Weggefährten und Schülern sei ihr berichtet worden, dass Hans-Jürg Käser schon immer über den Nasenspitz hinaus gedacht, überlegt und geplant habe. In all seinen Tätigkeiten - ob als Sekundarlehrer, als zackiger Kadetteninstruktor, als Stadtpräsident, als Grossrat, als Kommandant des HQ-Regiment 2, als Regierungsrat und aktuell als Präsident aller Justiz- und Polizeidirektoren der Schweiz - sei er für diese Eigenschaft bekannt.

Hans-Jürg Käser habe ein Flair für England, was man ihm ansehe. Ihr persönlich komme er oft wie ein englischer Landlord vor, ohne dabei aber jemals abgehoben zu sein. Hans-Jürg Käser habe immer den Zugang und das Gespräch mit der Bevölkerung gefunden. Der Leistungsausweis dieses seriösen Schaffers sei für Langenthal, für die Region, für den Kanton und die Schweiz enorm.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

Heute sei Hans-Jürg Käser Regierungspräsident und der Präsident aller Polizeidirektoren der Schweiz. "*Servir et disparaître!*" habe er anlässlich seiner letzten Stadtratssitzung vor fast genau 10 Jahren in diesem Saal gesagt.

Auf Hans-Jürg Käser werden noch schwierige Aufgaben und Entscheide, die er in seiner Funktion zu bewältigen habe, zukommen und die ihn wie immer im Sinne von "*gouverner c'est prévoir*" gegenüber dem Staat und der Verfassung verpflichten.

Die SVP-Fraktion sei einstimmig der Meinung, Herrn Hans-Jürg Käser anlässlich der Bundesfeier 2016 das Ehrenbürgerrecht der Stadt Langenthal zu verleihen.

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Markus Gfeller (FDP):** Als er im Stadtrat Einsitz genommen habe, sei Hans-Jürg Käser noch Stadtpräsident von Langenthal gewesen. In Fraktionssitzungen habe er Hans-Jürg Käser jeweils erleben dürfen. In diesem Zusammenhang möchte auch er einen Aphorismus ansprechen, den er auf der persönlichen Homepage von Hans-Jürg Käser gefunden habe: "*Es ist nicht Sache des Politikers, allen zu gefallen!*". Dieser Spruch sei insbesondere mit dem heutigen politischen Engagement von Hans-Jürg Käser sehr zutreffend. Speziell im Amt das Hans-Jürg Käser betreue, sei es sicher nicht einfach, immer Entscheidungen zu treffen, die schlussendlich von einer grossen Mehrheit akzeptiert werden.

Hans-Jürg Käser sei aber nicht nur politisch tätig gewesen. Er habe in Langenthal auch in anderen Bereichen gewirkt, an die man heute vielleicht nicht mehr denke. 1975 sei er eines der Gründungsmitglieder des Modelleisenbahnclubs gewesen. Bekannter dürfte sein, dass er 1982 – 1985 Präsident des damals bereits in der Nati B-spielenden Schlittschuhclubs Langenthal gewesen sei. Unter anderem habe er auch jahrelang als Mitglied im Komitee der Langenthaler Fasnachtsgesellschaft mitgewirkt.

Auch die FDP/jll/BDP-Fraktion stehe einstimmig hinter dem Vorschlag des Gemeinderates, Herrn Hans-Jürg Käser für dessen grosse politische aber auch anders geartete Arbeit das Ehrenbürgerrecht der Stadt Langenthal zu verleihen.

**EVP/glp-Fraktion, Anita Steiner-Thaler (EVP):** Die EVP/glp-Fraktion freue sich sehr über den Vorschlag des Gemeinderates, Herrn Hans-Jürg Käser und Frau Danielle Käser das Ehrenbürgerrecht der Stadt Langenthal zu verleihen. Die EVP/glp-Fraktion möchte das Ehepaar Käser am 1. August herzlich in den Reihen der Ehrenbürger und Ehrenbürgerinnen der Stadt Langenthal willkommen heissen.

Hans-Jürg Käser weise einen umfangreichen Leistungsausweis aus und überzeuge als erfolgreicher Politiker mit seiner souveränen aber auch menschlichen Führungskompetenz.

**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP):** Um ein allfällig bestehendes Missverständnis auszuräumen, weise er darauf hin, dass das Ehrenbürgerrecht an Herrn Hans-Jürg Käser und nicht auch an Frau Danielle Käser vergeben werden soll.

**SP/GL-Fraktion, Renato Baumgartner (SP):** Am heutigen Abend sei bereits erwähnt worden, was von Hans-Jürg Käser als amtierender Stadtpräsident in und um Langenthal alles bewegt und angerissen worden sei. Auch die SP/GL-Fraktion freue sich sehr, Herrn Hans-Jürg Käser für dessen langjährige Anstrengungen und dessen grosse mit der Stadt Langenthal bestehende Verbundenheit, mit der Verleihung des Ehrenbürgerrechts würdigen zu dürfen.

**Therese Grädel-Fankhauser (SP):** In Anbetracht der heute vorgestellten Männer, denen das Ehrenbürgerrecht bereits verliehen worden sei, rufe sie den in Zukunft auch nur mit Männern besetzten Gemeinderat dazu auf, einmal daran zu denken, dass es in Langenthal vielleicht auch Frauen gäbe, die irgendwann in der Geschichte etwas Ausserordentliches für Langenthal geleistet haben.



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

## III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**
  1. **Herrn Hans-Jürg Käser, geboren am 6. September 1949 in Langenthal, wohnhaft in Langenthal, wird das Ehrenbürgerrecht der Stadt Langenthal verliehen.**
  2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 2. Bestattungs- und Friedhofreglement vom 25. Januar 1999: Teilrevision; Genehmigung

- **Motion Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 20. Januar 2014: Namenstafel beim Gemeinschaftsgrab** (als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt am 12. Mai 2014); **Abschreibung**

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP)** legt den Gang der Beratung fest:

- Detailberatung:
- A **Berichterstattung:**
    - Gemeinderat Rolf Baer, Ressortvorsteher öffentliche Sicherheit
    - Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission
  - B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)
  - C Artikelweise Beratung der Teilrevision Bestattungs- und Friedhofreglements (Änderungserlass)
    - Abstimmung über allfällige Änderungsanträge
- Schlussabstimmungen:
- D Genehmigung Änderungserlass (gemäss Beschlussesentwurf Ziffer I.)
  - E Abschreibung der Motion Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 20. Januar 2014: Namenstafel beim Gemeinschaftsgrab (gemäss Beschlussesentwurf Ziffer II.)

### A **Berichterstattung**

**Gemeinderat Rolf Baer (FDP):** Der Gemeinderat beantrage dem Stadtrat, der vorliegenden Teilrevision des Bestattungs- und Friedhofreglements gemäss Änderungserlass vom 5. Februar 2016, zuzustimmen. Damit könne die Motion Steiner-Thaler Anita und Mitunterzeichnende vom 20. Januar 2014 erfüllt und gleichzeitig abgeschrieben werden. Weiter werde im Nachgang und unter Vorbehalt der Zustimmung des Stadtrates zum vorliegenden Geschäft, die Verordnung betreffend Tarife für die unentgeltliche Bestattung und die Gebührenverordnung ergänzt bzw. angepasst.

In der Diskussion um eine notwendige Gesamtrevision des Friedhof- und Bestattungsreglements soll weiter die Regelung von Bestattungen aus nicht christlichen Glaubensgemeinschaften angegangen werden. Da der Einbezug von Vertretungen anderer Glaubensrichtungen für Neuregelungen auf lange Sicht unabdingbar sei und diverse Abklärungen getroffen werden müssen (Hinweise: Platzbedürfnisse, Rituale, Umwelt, Gesundheit usw.), sei eine Projektgruppe einzusetzen. Weil deren Arbeit Zeit in Anspruch nehmen werde, liege nun "nur" eine Teilrevision vor, womit nebst dem Anliegen der Motion auch folgende Punkte umgesetzt werden:

- die Anschriften beim Gemeinschaftsgrab
- ein Grabfeld für Tot- und Frühgeburten
- Neuregelungen für die unentgeltliche Bestattung
- Zuständigkeiten der kommunalen Organisationseinheiten
- Anpassungen an neues, übergeordnetes Recht

Mit der Teilrevision seien ebenfalls formelle Änderungen (Umbenennungen, Zuständigkeiten und Kompetenzen) vorgenommen worden, welche in der synoptischen Darstellung aufgeführt seien. Als Grundlage habe die kantonale "Verordnung über das Bestattungswesen (Bestattungsverordnung, BestV)" vom 27. Oktober 2010 (BSG 811.811) gedient.



In Art. 28 des Reglementsentwurfs seien die Arten der Grabstätten aufgeführt. Neu gebe es ein Grabfeld für Tot- und Fehlgeburten. Wie in Art. 32 aufgeführt, werden beim Gemeinschaftsgrab nun Beschriftungen möglich sein, was ebenfalls für den in Art. 32a aufgeführten Grabplatz für Tot- und Fehlgeburten gelte.

In Art. 42 seien die Bestattungskosten geregelt. Leider habe sich die Bereitschaft von Angehörigen, die Bestattungskosten der Verstorbenen zu übernehmen, nachteilig verändert. Demgemäss sei eine klare Regelung angezeigt. Gemäss Bundesverfassung bestehe für alle das Anrecht auf eine "schickliche Bestattung". Angehörige können also ein Gesuch für eine unentgeltliche Bestattung einreichen, wenn die Bestattungskosten nicht aus dem Nachlass der verstorbenen Person gedeckt werden können und sie durch die Übernahme der Kosten in eine finanzielle Notlage geraten würden. Die Gesuchstellenden haben den Nachweis für die Anspruchsvoraussetzungen zu erbringen. Über das Gesuch entscheide das Amt für öffentliche Sicherheit. Die Leistungen seien in Art. 42 Abs. 4 im Detail aufgeführt.

Die Stellungnahmen der in der Vernehmlassung begrüsst Kreise liegen vor. Für die Umsetzung der Änderungen sei im Investitionsplan 2016 ein Betrag von Fr. 70'000.00 vorgesehen.

**GPK-Mitglied Beatrice Lüthi (FDP):** Die Geschäftsprüfungskommission habe die formelle Richtigkeit der Vorlage festgestellt. Über zwei Punkte habe eine Diskussion stattgefunden, was zu Abklärungen geführt habe, deren Ergebnisse mittlerweile vorliegen.

- Teilrevision anstelle Totalrevision: Die Geschäftsprüfungskommission habe sich davon überzeugt, dass die nun vorliegende Teilrevision mit dem Umstand begründet sei, in einer ersten Etappe vorerst die Namenstafel am Gemeinschaftsgrab, die Grabfelder für Tot- und Fehlgeburten und die unentgeltliche Bestattung zu regeln, bevor in einer zweiten Etappe die Bestattung von Verstorbenen nichtchristlicher Glaubensrichtungen geregelt werden soll. Diese Thematik werde wahrscheinlich eine längere und schwierigere Übung darstellen. Die Geschäftsprüfungskommission habe sich mit diesem Vorgehen einverstanden erklärt.
- Regelung betreffend die unentgeltliche Bestattung: Das Gesuch zur Übernahme von Kosten sei thematisiert worden. Gemeinderat Rolf Baer habe erwähnt, dass die Bereitschaft von Angehörigen, die Bestattungskosten von Verstorbenen zu übernehmen, offenbar immer abnehme. Wenn Erben die Erbschaft ausschlagen oder die Kosten nicht zahlen wollen, bestehe für Dritte das Risiko, auf den Kosten sitzen zu bleiben. Neu sei vorgesehen, dass enge Angehörige und nicht mehr die Erben die Kosten für die Beerdigung grundsätzlich zahlen sollen. Der Geschäftsprüfungskommission sei bewusst, dass gemäss Zivilgesetzbuch der Erblasser/das Erbe für die Finanzierung der Bestattung verantwortlich sei. Aus pragmatischen Gründen stimme die Geschäftsprüfungskommission dem Argument zu, dass enge Angehörige vorhanden seien, auch wenn sie nicht Erben seien.

Künftig werde es nicht mehr möglich sein, eine Einschränkung der bisherigen Lebensqualität geltend zu machen. Neu müsse engen Angehörigen wirklich eine finanzielle Notlage drohen. Das heisse, dass deren Vermögen nicht mehr als Fr. 10'000.00 betrage, was wiederum heisse, dass damit eine andere Grössenordnung der Einschränkung definiert sei, als dies bisher der Fall gewesen sei.

Weil neu vorgegeben sei, was genau zur Leistung der Stadt für ein unentgeltliches Begräbnis gehöre, sei die Bestimmung auch nicht mehr nötig, wonach die Stadt nur eine Finanzierung oder Entschädigung an ein Bestattungsunternehmen leiste, wenn dieses mit der Stadt einen Vertrag abgeschlossen habe. Die Geschäftsprüfungskommission finde es gut, auf diese Bestimmung verzichten zu können, da sich damit allfällige Fragen betreffend die Monopolstellung oder die Bevorzugung einer bestimmten Firma erübrigen. Mit der expliziten Regelung der Anforderungen könne sich jede Bestattungsfirma - auch auswärtige - vorgängig erkundigen, was entschädigt werde oder nicht.



## **B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)**

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Pascal Dietrich (jll):** Die FDP/jll/BDP-Fraktion stimme der Teilrevision einstimmig zu. Auch das Vorgehen, sich mit der Thematik von Gräberfeldern für andere Glaubensrichtungen später zu befassen, werde von der FDP/jll/BDP-Fraktion unterstützt, da die sorgfältige Auseinandersetzung mit diesem umstrittenen und emotionalen Thema voraussichtlich etwas Zeit in Anspruch nehmen werde.

Mit der Bundesverfassung von 1874 sei der Kulturkampf beendet und damit die Trennung von Staat und Kirche definitiv durchgesetzt worden. Aus diesem Grund werde das Reglement vom Stadtrat und nicht von irgendeinem Kirchgemeinderat beraten. Das Begräbnis sei Sache des Staates und damit säkular.

Bei Betrachtung des Reglements könnte die Idee oder der Wunsch nach etwas Bürokratieabbau aufkommen. Bei näherer Betrachtung werde aber klar, dass wohl praktisch alles oder wirklich alles darin Enthaltene geregelt werden müsse. Weil es sich dabei um ein wirklich emotionales und heikles Thema handle, sei es eben wirklich wichtig, keine Deregulierung vorzunehmen.

**EVP/glp-Fraktion, Anita Steiner-Thaler (EVP):** Die EVP/glp-Fraktion unterstütze die Teilrevision des Bestattungs- und Friedhofreglements. Die Notwendigkeit, gewisse Anpassungen zu forcieren und umzusetzen sei gegeben.

Als Motionärin freue sie sich natürlich ausserordentlich, dass das Anbringen von Namenstafeln am Gemeinschaftsgrab künftig möglich sein werde. Die EVP/glp-Fraktion schätze es zudem, dass gemäss Art. 32a neu ein Grabplatz für Tot- und Fehlgeburten geschaffen werde, womit ein weiteres Anliegen aus der Bevölkerung zur Umsetzung komme.

Die neue Regelung für unentgeltliche Bestattungskosten sei nachvollziehbar und werde von der EVP/glp-Fraktion unterstützt.

Die EVP/glp-Fraktion erachte es auch als unumgänglich, dass das Amt für öffentliche Sicherheit die Thematik von Bestattungsarten für Verstorbene anderer Glaubensrichtungen weiterverfolge und weiterdiskutiere. Im Namen der EVP/glp-Fraktion danke sie an dieser Stelle auch den Verantwortlichen des Krematoriums sowie der Friedhofgärtnerei für deren Engagement.

**SVP-Fraktion, Michael Schenk (SVP):** Auch die SVP-Fraktion unterstütze die Vorlage, weil das Anbringen von Namenstafeln oder die Möglichkeit, ein Engelsgrab einrichten zu können, ein dringendes Bedürfnis der Bevölkerung sei.

Namens der SVP-Fraktion weise er darauf hin, dass die notwendige Gesamtrevision des Bestattungs- und Friedhofreglements nicht lange auf sich warten lassen dürfe, weil sich das ganze Bestattungswesen - wie die Gesellschaft an sich - im Umbruch befinde. Im Zuge der Gesamtrevision gelte es eine Gesamtbetrachtung vorzunehmen und sich dabei nicht nur auf die Bestattung von Verstorbenen anderer Kulturen zu beschränken.

**SP/GL-Fraktion, Renato Baumgartner (SP):** Die Teilrevisionsvorlage werde auch von der SP/GL-Fraktion einstimmig unterstützt.

Dass die Teilrevision umfangreicher ausgefallen sei, als die Motion verlange, sei erfreulich. Auch dass die Umsetzung relativ schnell von statten gehe, sei positiv.

Die Vorlage zur Totalrevision des Bestattungs- und Friedhofreglements werde auch von der SP/GL-Fraktion mit Spannung erwartet, da die Thematik interessante Punkte beinhalte, die mit Sicherheit für längere und angeregte Diskussionen sorgen werden.



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

**Roberto Di Nino (SVP):** Wie seine Vorredner, könne auch er bestätigen, dass die Teilrevision aufgrund des dargelegten Sinns und der Notwendigkeit völlig unbestritten sei.

Was die bereits angesprochene Notwendigkeit der Totalrevision des Bestattungs- und Friedhofreglements betreffe, so sei die SVP-Fraktion der Auffassung, dass diese Thematik etwas umfassender angegangen werden müsse, als sich – wie angedacht - nur mit der Frage von nichtchristlichen Grabfeldern zu befassen. Die weiteren Fragen, die interessieren, müssten von der Bevölkerung mitgetragen werden können. Dabei handle es sich um Fragen, die alle Aspekte einer zeitgemässen Nutzung des Friedhofsareals betreffen (Ruhe, Ordnung, Sauberkeit).

Zur Klärung von Fragen betreffend die Bedürfnisse von nichtchristlichen Glaubensgemeinschaften, könne aus Sicht der SVP-Fraktion durchaus eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, wenn dieser vorgängig eine Definition von entsprechend wichtigen Spielregeln vorgelegt werde.

Um all das zu ermöglichen, werde von der SVP-Fraktion am heutigen Abend eine Richtlinienmotion mit dem Titel "*Prioritäten im Friedhofwesen richtig setzen*" eingereicht. Damit soll der Stadtrat die Möglichkeit erhalten, sich frühzeitig mit der Thematik auseinandersetzen.

## **C Artikelweise Beratung der Teilrevision Bestattungs- und Friedhofreglements (Änderungserlass)**

**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP)** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Anträge vorliegen, womit sich die artikelweise Beratung des Änderungserlasses in der Entwurfsversion vom 25. Februar 2016 erübrige.

### **III Abstimmung:**

#### **■ Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

I. 1. **Die Teilrevision des Bestattungs- und Friedhofreglements der Stadt Langenthal vom 25. Januar 1999, in Kraft ab 1. April 1999** (gemäss Änderungserlass in der definitiven Fassung vom 2. Mai 2016) **wird genehmigt.**

2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

#### **■ Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

II. 1. **Die Motion Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 20. Januar 2014: Namens-tafel beim Gemeinschaftsgrab** (als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt am 12. Mai 2014) **wird als erledigt von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**

2. **Das Sekretariat des Stadtrats wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



### 3. Stadion Hard, Bern-Zürichstrasse 32: Sanierung des Hauptrrasenfeldes und der Elektroanlagen; Projektgenehmigung und Bewilligung Investitionskredit

#### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

#### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** Beim vorliegenden Geschäft handle es sich um ein Projekt, welches die Sanierung des Hauptrrasenfeldes des Stadion Hard betreffe. Der Betrieb des Stadions Hard sei 1982 aufgenommen worden. Seit längerer Zeit tauche bei starkem Regen die Schwierigkeit auf, dass das Wasser auf dem Rasenfeld nicht ablaufe, was die Gebrauchsfähigkeit des Hauptrrasenfeldes einschränke. Die Überprüfung der Entwässerungsanlage habe gezeigt, dass mittlerweile Unebenheiten von rund 15cm bestehen. Festgestellt worden sei auch, dass die Gefälleverhältnisse des Rasenfeldes nicht mehr einheitlich seien, wodurch sich Wasserlachen auf dem Feld bilden.

Bereits im Jahre 2010 sei von der Sportkommission der Antrag gestellt worden, ein entsprechendes Sanierungsprogramm vorzubereiten. Das Anliegen sei mit einem geschätzten Betrag von Fr. 490'000.00 in den Investitionsplan aufgenommen worden. Im April 2015 habe der Gemeinderat einen entsprechenden Planungsauftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage zur Sanierung des Hauptrrasenfeldes und der Elektroanlagen erteilt.

In der Vorbereitung des Geschäftes sei von beigezogenen Spezialisten festgestellt worden, dass das Körnungsverhältnis des Bodenaufbaus aufgrund seiner Feinheit, ungeeignet sei. Ein feiner Boden neige zu Verdichtung, wodurch das Wasser schlecht ablaufe, oder er könne sich verlagern, was zur Verstopfung der Drainagesysteme führe. Die Feinkörnigkeit sei Teil des Umstandes, dass die Bodenschicht schlecht durchlässig sei. Diese Feststellungen haben zur grundsätzlichen Neubeurteilung der Lage geführt, da ursprünglich nur ein Oberflächenausgleich (neu ansäen, allenfalls Niveauüberprüfungen) des Rasenfeldes vorgesehen gewesen sei.

Nebst der Möglichkeit, nur eine kosmetische und nur oberflächliche Sanierung vorzunehmen, bestehe die Variante, das Problem an der Wurzel zu packen und eine grundsätzliche Lösung herbeizuführen. Der Entscheid sei gefallen, die bestehenden Schwierigkeiten im Zuge der Sanierung zu beseitigen. Die Durchlässigkeit des Rasens könne aber nicht sichergestellt werden, ohne die bestehende Bodenschicht bis auf eine Tiefe von 40cm durch entsprechendes Material (mit gröberer Körnung) zu ersetzen. In einer Tiefe von 40cm kommen die Drainageleitungen als auch Elektroleitungen zum Vorschein. Weil die Drainageleitung teilweise verstopft und nicht mehr richtig positioniert sei, wäre der Verzicht auf deren Ersatz fahrlässig. Demgemäss und obschon deren Nutzungsdauer noch nicht unmittelbar ablaufe, sei es auch angezeigt, die alten Elektroleitungen zu erneuern, um den neuen Bodenaufbau und die neue Drainageanlage nicht auf diese Elektroleitungen zu legen.

Das Sanierungsvorhaben werde im Fachjargon als sogenannter Normaufbau bezeichnet. Mit dem Normaufbau soll eine Unternehmung beauftragt werden, die in Bezug auf das Funktionieren der Anlage zu Garantieleistungen verpflichtet werden könne. Die Alternativvariante wäre, örtlich nur gewisse Flickarbeiten vorzunehmen, was aber zur Folge hätte, dass dafür niemand die Garantie übernehmen würde.

Offenbar bestehe die Meinung, dass die Sanierung nur vorgenommen werde, um darauf Fussball spielen zu können. Anders als bei der Flickvariante, werde durch den geplanten Normaufbau des Rasenfeldes das Spielfeld zwar auch für den Fussball 1-ligatauglich, was aber nicht im Vordergrund stehe. Im Moment sei unklar, ob die Homologierung des Rasenfeldes den Erwartungen der Teilnehmenden als auch der Durchführenden von grösseren Wettkämpfen genüge. Die Homologierung des Rasens werde im nächsten Jahr fällig.



Die Überprüfung der Elektroleitungen – auch die des Beschallungssystems – habe gezeigt, dass auch die heutige Beschallungsanlage nicht mehr die Neuste sei, weshalb im Projekt vorgesehen sei, Fr. 50'000.00 für deren Erneuerung einzusetzen.

Die Erneuerung der Beleuchtung dagegen, sei nicht vorgesehen. Abklärungen hätten ergeben, dass die Beleuchtungspunkte und die Beleuchtungsmasten auch künftig verwendet werden können. Sollte die 1.-Ligatauglichkeit des Stadions wirklich einmal gefordert sein, müssten unter anderem auch die Lichtverhältnisse angepasst werden, was aber mit Installationen an den bestehenden Masten nachträglich möglich wäre.

Die Ausgangslage (von Fr. 490'000.00 auf Fr. 1'498'00.00 erhöhte Mehrinvestitionskosten) könne als un schön betrachtet werden. Die Begründung für die Erhöhung liege wie namens des Gemeinderates erwähnt, in der Variante der Sanierung (oberflächliche Sanierung oder grundlegende Sanierung).

Der Gemeinderat habe bei der Überarbeitung der Investitionsplanung darauf geachtet, dass das Projekt darin Platz finde. Wie die Investition beschrieben werde, sei im Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 16. Februar 2016 festgehalten.

Das Geschäft sei von der Finanzkommission und der Bau- und Planungskommission) geprüft worden. Von beiden Kommissionen werde das Geschäft zur Annahme empfohlen.

**SP/GL-Fraktion, Samuel Köhli (SP):** Die SP/GL-Fraktion habe das Geschäft eingehend diskutiert und sei zum Schluss gelangt, dass die Vorlage keine nachhaltige Strategie berücksichtige, die aufzeige, wie und wo die neuen Sportstätten und Sportinfrastrukturen in der Stadt Langenthal anzusiedeln seien.

Der SP/GL-Fraktion stelle sich die Frage, wer das Trainingsfeld überhaupt nutzen könne und auch, ob das vor 35 Jahren erbaute Leichtathletik-Stadion überhaupt jemals als 1.-Liga-Fussballstadion genutzt werden könne.

Wie von den Verfassern der Vorlage selber festgestellt worden sei, fehlen praktisch sämtliche Infrastrukturen (Dusche, Garderobenräume, Restaurant, Schiedsrichterräume, Zäune etc.) um einen 1.-Ligabetrieb führen zu können. Demnach müsste das ganze Stadion massiv aufgerüstet und umgebaut werden, was entsprechende Kosten zur Folge hätte.

Mit dem vorliegenden Sanierungsprojekt werde nach Ansicht der SP/GL-Fraktion aber lediglich ein Trainingsplatz ohne ausreichende Beleuchtung geschaffen, was so viel heisse, dass sich das Stadion nicht als 1.-ligataugliches Fussballstadion eigne.

Die SP/GL-Fraktion frage sich, wie gross der Nutzung wirklich sei, wenn die Leichtathleten und die Fussballer das Trainingsfeld im Parallelbetrieb nutzen. Den Fussballern stehe das Spielfeld nur beschränkt zur Verfügung, obwohl dieses mit einem teuren 1.-ligatauglichen Rasen belegt sei.

Fraglich sei auch, welche Investitionen notwendig wären, um den Platz für den Leichtathletikbetrieb zu homologieren. Immerhin die Hammerwurfanlage sei vor ein paar wenigen Jahren neu errichtet worden.



Basierend auf diesen Überlegungen beantrage die SP/GL-Fraktion die Rückweisung des Geschäfts. ➡

Bevor mit einem Schnellschuss für Bodenverbesserungen buchstäblich Fr. 960'000.00 in den Sand gesetzt werden, soll der Gemeinderat beauftragt werden, die Wirkung der geplanten Investition auf den Langenthaler Sport zu prüfen.

Persönlich hoffe er, den Gemeinderat mit dem Auftrag zur Klärung der im Antrag formulierten Fragen, nicht noch kurz vor dem Ende der laufenden Legislaturperiode zu überlasten. Der SP/GL-Fraktion sei es aber ein Anliegen, dass die Wirksamkeit geklärt und, dass Überlegungen angestellt werden, ob es nicht besser wäre, die rund Fr. 960'000.00 an einem anderen Ort zu investieren.

**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP)** ordnet an, die Detailberatung an dieser Stelle zu unterbrechen, um über den Rückweisungsantrag der SP/GL-Fraktion zu beraten. Im

Anschluss an die Beratung und Abstimmung des Rückweisungsantrages werde die Detailberatung der Vorlage gegebenenfalls wieder aufgenommen.

**Daniel Steiner-Brütsch (EVP):** Dass der Rückweisungsantrag zu diesem Geschäft von der SP/GL-Fraktion gestellt und notabene auch noch von einem LV-Mitglied vorgetragen werde, vermöge zu irritieren. Ein Blick in das Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern zeige ein noch irritierendes Bild. Darin sei unter dem Titel "*Gesellschaft*" festgehalten: "*12 Mit Sport die Bewegung und fairen Umgang miteinander fördern*". Weiter finde sich darin der Text: "*... Die Bewegung junger Menschen zu fördern, ist eine Zukunftsinvestition und eine kostengünstige Form der Gesundheitsförderung und Gesundheitsvorsorge. ...*" Die SP habe immer wieder Ideen, wie öffentliche Gelder eingesetzt werden könnten. Seines Erachtens gebe es einige Bereiche, in denen der Einsatz solcher Gelder weniger sinnvoll sei. Im vorliegenden Kredit gehe es aber um die Bewegungsförderung – vor allem auch von jungen Menschen – um die Gesundheitsförderung, um den Breitensport und um die Vereinsförderung. Obschon sich die SP für diese Themen gemäss Parteiprogramm eigentlich einsetze, werde mit dem vorliegenden Rückweisungsantrag aus unverständlichen Gründen versucht, bei der Sanierung zu "schmürzeln" (knausern). Eine weitere Textstelle im Parteiprogramm der SP spreche für sich: "*Bewegung braucht Raum. Die öffentliche Hand soll die Infrastruktur für Vereine und Jugendprojekte zur Förderung von Bewegung und Integration flexibel und nach Möglichkeit gebührenfrei zur Verfügung stellen.*" Er persönlich sei der Meinung, dass der Rückweisungsantrag der SP/GL-Fraktion dem Parteiprogramm der Sozialdemokraten des Kantons Bern in krasser Weise widerspreche.



## Traktandum 3

## Stadion Hard

### Sanierung des Hauptrasenfeldes und der Elektroanlagen

## Rückweisungsantrag

## SP/GL-Fraktion

**Der Gemeinderat wird beauftragt, die Wirkung der zusätzlichen Investitionen für den Bodenersatz und die Bewässerung mit daraus resultierenden Mehrkosten von CHF 960'000.00 zu überprüfen. Dabei sollen folgende Punkte geprüft werden:**

- **Ist das Leichtathletikstadion Hard geeignet, um Fussballspiele der 1. Liga durchzuführen?**
- **Welche weiteren Investitionen würden notwendig, um das Leichtathletik Stadion fussballtauglich zu machen? (Garderoben, Geräte-räume, Zuschauer)? Wieviel würden diese zusätzlichen Massnahmen kosten? (Kostengrobschätzung)**
- **Ist ein Parallelbetrieb von Leichtathletik und 1.Ligafussball in diesem Stadion überhaupt denkbar und mit den Benutzern abgesprochen?**
- **Welche Mängel sind bei der nächsten Homologation des Leichtathletik Stadions zu erwarten und welche Kosten würde die Behebung dieser Mängel verursachen.**



Beim vorliegenden Geschäft handle es sich um ein notwendiges Investitionsvorhaben. Mit der Annahme des Rückweisungsantrags würde eine heutige Diskussion im Bereich des Sports, der Gesundheitsförderung, der Vereinsförderung und der Förderung von jungen Menschen mutwillig verzögert, wenn nicht sogar verhindert. Weil die verlangten Abklärungen seines Erachtens bereits vorgenommen worden seien, bitte er die Mitglieder des Stadtrates um eine klare Ablehnung des Rückweisungsantrags.

**Pascal Dietrich (JL):** Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch habe von "schmürzelen" gesprochen, worauf er mit dem schon fast verbrauchten aber völlig klaren Spruch kontere: *"Ohne die geflossenen onyx-Millionen wäre das vorliegende Projekt kein Thema!"* Eine perfekte Sanierung in der vorgeschlagenen Art - ohne das Wort Luxussanierung zu verwenden - wäre ohne das onyx-Geld schlicht weg nicht denkbar. Natürlich könne die Meinung vertreten werden, dass das Geld - da es nun mal vorhanden sei - ohne zu "schmürzeln" ausgegeben werden soll, was ihn persönlich aber veranlasse darauf hinzuweisen, dass die Vorlage weder im Gemeinderat noch in der Finanzkommission unumstritten gewesen sei. In der Finanzkommission sei der Entscheid für die Vorlage sogar eher knapp ausgefallen.

Die von der SP/GL-Fraktion vorgebrachten Argumente gelte es seiner Ansicht nach durchaus zu überdenken. Er persönlich sei alles andere als gegen Sport und trotzdem fehle auch ihm eine Gesamtbetrachtung über das Hardgebiet. Vor noch nicht allzu langer Zeit habe der Stadtrat einer Projekterarbeitung zugestimmt, welche unter anderem auch den Neubau von zwei Kunstrasenfeldern an der Weststrasse miteinschliesse. Zudem werde im Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 26. Februar 2016 dauernd die 1.-Ligatauglichkeit erwähnt, obschon nicht bekannt sei, wann der angedachte Umzug des FC Langenthal von der Rankmatte stattfinden soll und ob er überhaupt ins Hard stattfinden soll. Demgemäss stelle sich durchaus die Frage, ob es zwei Kunstrasenfelder brauche, wenn das Spielfeld im Stadion Hard in der geplanten Weise saniert werde. Die Abhängigkeiten und Wechselwirkungen dieser Thematik, die das ganze Hardgebiet betreffe, möchte auch er gerne einer Gesamtbetrachtung unterziehen.

Eine Rückweisung der Vorlage hätte zudem den Vorteil, dass sich das Problem mit dem engen Zeitplan lösen liesse. Ende Oktober dieses Jahre werde offenbar die Riesenschnauzerweltmeisterschaft im Hard stattfinden, womit die Umsetzung der geplanten Sanierung bis zum Auffahrtsmeeting aufgrund der Wintermonate zeitlich knapp bemessen sein könnte.

Er persönlich werde den Rückweisungsantrag der SP/GL-Fraktion unterstützen und empfehle den Mitgliedern des Rates, es ihm gleichzutun.

**Stefan Grossenbacher (SVP):** Der Rückweisungsantrag der SP/GL-Fraktion sei für ihn nicht tragbar. Das Stadion Hard werde aufgrund dessen Lage (die Nähe zum Wald) und weil es nicht eingezäunt sei, schweizweit bewundert. Die Vorlage nur auf die 1.-Ligatauglichkeit zu reduzieren und alles 10 Mal zu hinterfragen, finde er falsch. Es handle sich schliesslich um keinen Neubau, sondern um eine Sanierung und damit um eine werterhaltende Massnahme. Er bitte darum, die geplante Sanierung nicht auf die lange Bank zu schieben und sich am heutigen Abend entsprechend zusammenzuraufen.

**Robert Kummer (FDP):** Die rund 30-jährige Sportanlage sei ein Aushängeschild der Stadt Langenthal. Die Anlage soll saniert werden, um für die Vereine, die Jugend und die Schulen attraktiv zu bleiben, was ganz im Sinne der FDP/JL/BDP-Fraktion sei. In Diskussionen der FDP/JL/BDP-Fraktion sei aber festgestellt worden, dass in den Unterlagen die Einbettung der grossen Investition in das Gesamtkonzept (Stadion Hard, 3-fach-Turnhalle und den Kunstrasenfeldern) fehle. Rund ein Drittel der Fraktionsmitglieder würde das Geschäft zurückweisen. Von zwei Dritteln der Fraktionsmitglieder werde der Vorlage unter dem Aspekt von "aufgeschobenem Unterhalt" und nicht unter dem Aspekt der "1.-Ligatauglichkeit" ohne Euphorie zugestimmt. Der Rückweisungsantrag der SP/GL-Fraktion werde wahrscheinlich von der Hälfte der FDP/JL/BDP-Fraktionsmitglieder unterstützt.

**Roland Loser (SP):** Herrn Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch weise er darauf hin, dass die SP weder etwas verhindern, noch die Leute vom Sport treiben abhalten wolle. Die SP/GL-Fraktion habe sich zum Rückweisungsantrag entschlossen, weil die Sanierung im Kontext mit dem Fussballclub – dessen künftiger Standort irgendwie noch im Leeren hänge – für ein gewisses Unwohlsein Sorge.



Die SP/GL-Fraktion sehe es nicht als zielführend, eine grosse Investition in etwas zu tätigen, das sich noch in der Schwebe befinde. Die SP/GL-Fraktion möchte die im Rückweisungsantrag gestellten Fragen beantwortet haben, um mehr Klarheit zu erhalten, ob dem Kredit zugestimmt werden soll oder allenfalls nicht.

**Therese Grädel-Fankhauser (SP):** Die vorgebrachten Argumente für die Sanierung seien auch ihr nicht ausreichend, um der Vorlage zustimmen zu können. Vor ein paar Monaten habe der Stadtrat im Rahmen der Budgetdebatte um ein paar tausend "Fränkli" gerungen, indem Organisationen - wie beispielsweise der Volkshochschule - Geld abgesprochen worden sei, wofür sie sich persönlich heute noch schäme. Heute liege dem Stadtrat nun ein Geschäft vor, das einer Luxusvariante doch schon sehr nahe komme. Aufgrund dieses Sachverhalts stelle sich ihr die Frage, ob eigentlich wirklich gespart werden wolle, oder ob das Geld zum Fenster rausgeschmissen werden soll.

Auch sie sei sicher dafür, dass Kinder sich bewegen, obschon nur ein kleiner Teil der Kinder auf dem Rasen im Hard rumrennen könne. In diesem Zusammenhang erinnere sie daran, dass im Zuge der Spardebatte besonders im Bereich der Bildung gespart worden sei. Persönlich finde sie es schade, über die beantragte Investition entscheiden zu müssen, ohne eine Gesamtbetrachtung vornehmen zu können, weshalb sie darum bitte, dem Rückweisungsantrag der SP/GL-Fraktion zuzustimmen.

**Daniel Steiner-Brütsch (EVP):** Die im Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 26. Februar 2016 immer wieder ins Zentrum gestellte "1.-Ligatauglichkeit" sei unklug, weil es vor allem und in erster Priorität um die Weiterverwendung des Leichtathletikstadions und damit um die Sicherstellung der Homologation der Anlage für die Leichtathletikvereinigung gehe. Der Rückweisungsantrag könne unterstützt werden, was aber zur Folge haben könnte, dass die Homologation im Jahr 2017 nicht passieren werde. Das wiederum würde heissen, dass die Wettkämpfe und Anlässe ebenso gut auf gemähten Matten stattfinden könnten, weil die Resultate - insbesondere die in den Wurfdisziplinen - eh nicht mehr anerkannt würden. Er sei der Meinung sei, dass dieses Vorgehen nicht korrekt wäre und, dass das Geld für die Sanierung der Anlage - die auch von zwei grossen Vereinen (mit je knapp 500 Mitgliedern) genutzt werden könne bzw. könnte - gut eingesetzt sei. Für das Sanierungsvorhaben den Fussballclub in den Vordergrund zu stellen, erachte er als falsch, zumal es Zukunftsmusik sei, ob der FC überhaupt einmal in der 1. Liga spielen werde.

Es gebe einen Verein, der 10 bis 15 Anlässe organisiere, die über die Grenzen der Stadt und des Kantons hinaus ein gutes Bild abgeben. Am heutigen Abend gelte es sich zu entscheiden, ob das Risiko eingegangen werden soll, dass diese Anlässe künftig nicht mehr stattfinden können.

**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** Namens des Gemeinderates weise er nochmals darauf hin, dass es nicht um eine Erweiterung oder eine Veränderung, sondern um die Erneuerung des Hauptrasenfeldes im Stadion gehe, welches seit über 30 Jahren in Betrieb sei.

Im Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 26. Februar 2016 sei auch zu lesen, dass die alternative Sanierungsvariante darin bestehe, die ursprünglich vorgesehenen Fr. 498'000.00 zu verwenden und nicht mehr, was aber nicht zweckdienlich wäre, weil damit die Vernässungen weder beseitigt noch verhindert werden können, noch dass von jemandem die Garantie geleistet würde, im Bedarfsfall Nachbesserungsarbeiten zu leisten. Dieser Ansatz habe schlussendlich zur vorliegenden Sanierungsvariante geführt.

Der Aspekt der 1.-Ligatauglichkeit werde im Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 26. Februar 2016 zugegebenermassen etwas zu dominant dargestellt. Sich stark an diesem Punkt orientiert zu haben, könne im Nachhinein als Fehler betrachtet werden, zumal ihm vom für die Projekterarbeitung zuständigen Mitarbeiter auf seine spezifische Rückfrage zu diesem Punkt gesagt worden sei, dass entweder in einen Normaufbau mit entsprechenden Sicherheiten oder aber in ein Flickwerk investiert werden könne. Selbstverständlich lasse sich das Geschäft zurückstellen, was aber zur Folge habe, dass der Zeitplan mit Sicherheit nicht eingehalten werden könne.

Die Mehrheiten in den Kommissionen sowie die Mehrheit im Gemeinderat, die dem Geschäft zugestimmt haben, seien eben der Meinung, dass kein Weg darum herum führe, die Sanierung in einer gewissen Gesamtheit an die Hand zu nehmen.



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

Auch wenn die im Rückweisungsantrag formulierten Abklärungen gemacht werden, würde sich wieder dieselbe Fragestellung ergeben. In diesem Sinne mache er im Namen des Gemeinderates beliebt, dem Rückweisungsantrag der SP/GL-Fraktion nicht zuzustimmen.

**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP)** bittet um Abgabe der Stimme zum Rückweisungsantrag der SP/GL-Fraktion:

■ **Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag der SP/GL-Fraktion mit 15 Stimmen Ja gegen 19 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen) ab.**

**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP):** Da aus dem Rat das Wort zur wieder freigegebenen Detailberatung, die während der Beratung und Abstimmung des Rückweisungsantrages unterbrochen worden sei, weder von Fraktionssprechenden noch von Einzelsprechenden noch vom Gemeinderat verlangt werde, bitte er um Abgabe der Stimme zum vorliegenden Beschlussesentwurf des Gemeinderates:

### III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 20 Stimmen Ja gegen 6 Stimmen Nein (bei 10 Enthaltungen):**

1. **Das Ausführungsprojekt betreffend die Sanierung des Hauptrasenfeldes und der Elektroanlagen im Stadion Hard, Bern-Zürichstrasse 32, Langenthal, wird genehmigt.**
2. **Der für das Sanierungsprojekt erforderliche Kredit von Fr. 1'498'400.00 (inkl. MWSt) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 6130.5040.05 ("Sanierung Hauptrasenfeld und Elektroanlagen im Stadion Hard") bewilligt.**  
**Beiträge Dritter sind der Investitionsrechnung, Konto Nr. 6130.6310.05 ("Sanierung Hauptrasenfeld und Elektroanlagen im Stadion Hard; Beitrag Sportfonds"), gutzuschreiben.**
3. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

4. **Postulat** (gewandelte Motion) **Rickli Karin (GL) und Mitunterzeichnende vom 24. Februar 2014: Offenlegung der Interessenbindungen des Gemeinde- und Stadtrates** (in Postulat gewandelt und als solches erheblich erklärt am 12. Mai 2014); **Berichterstattung und Abschreibung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Kenntnisnahme**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**II Detailberatung:**

**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP)** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortbegehren aus dem Rat zum vorliegenden schriftlichen Prüfbericht des Gemeinderates, datiert mit 14. März 2016, betreffend das Postulat der mittlerweile aus dem Stadtrat zurückgetretenen Rickli Karin (GL), gestellt werden.

**III Abstimmung:** (keine)

- **Der Stadtrat, gestützt auf Art. 35 Abs. 2 und Art. 36 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 7. Dezember 1981, nimmt Kenntnis von der Berichterstattung des Gemeinderates zum Postulat (gewandelte Motion) Rickli Karin (GL) und Mitunterzeichnende vom 24. Februar 2014: Offenlegung der Interessenbindungen des Gemeinde- und Stadtrates** (in Postulat gewandelt und als solches erheblich erklärt am 12. Mai 2014).

**Gemäss Art. 35 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates wird das Postulat damit als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP)** unterbricht die Sitzung um 19.25 Uhr für eine 20-minütige Erfrischungs- und Verpflegungspause. Um 19.45 Uhr werde entsprechend dem zu Beginn der Sitzung (Traktandum Nr. 0) gestellten und genehmigten Antrag zur Erweiterung der Traktandenliste, die Beratung und Beschlussfassung der Geschäfte wieder aufgenommen.



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

## 5. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Ersatzwahl von Wyss Kurt [FDP], Verkaufsleiter Mobilien für den am 2. Mai zurücktretenden Gfeller Markus [FDP], dipl. Wirtschaftsprüfer)

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Markus Gfeller (FDP):** Die FDP/jll/BDP-Fraktion schlägt Wyss Kurt (FDP), Verkaufsleiter Mobilien, als Ersatzmitglied zur Wahl in die Finanzkommission vor.

**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP)** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden und bittet um Stimmabgabe.

### III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

**Wyss Kurt [FDP], Verkaufsleiter Mobilien, wird in offener Wahl für den Rest der bis zum 31. Dezember 2016 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Finanzkommission gewählt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

## 6. Wahl eines Mitglieds der Kommission für öffentliche Sicherheit (Ersatzwahl von Schick Daniel [FDP], Eidg. dipl. Bankfachmann für den am 2. Mai zurücktretenden Gfeller Markus [FDP], dipl. Wirtschaftsprüfer)

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Markus Gfeller (FDP):** Die FDP/jll/BDP-Fraktion schläge Schick Daniel (FDP), Eidg. dipl. Bankfachmann, als Ersatzmitglied zur Wahl in die Kommission für öffentliche Sicherheit vor.

**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP)** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden und bittet um Stimmabgabe.

### III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

**Schick Daniel [FDP], Eidg. dipl. Bankfachmann, wird in offener Wahl für den Rest der bis zum 31. Dezember 2016 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Kommission für öffentliche Sicherheit gewählt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 7. Motion der SVP-Fraktion vom 25. Januar 2016: Gleichbehandlung von Sozialpreis und Kulturpreis; Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** Das vorliegende Anliegen tangiere zwei Ressorts (Soziales und Kultur und Sport), weshalb er die Berichterstattung des Gemeinderates übernehme. Weiter halte er fest, als SVP-Stadtpräsident nicht Parteipolitik zu betreiben und dementsprechend die Meinung des Gesamtgemeinderats zur vorliegenden Motion zu vertreten.

Der Ursprung der Motion liege in der letzten Budgetdebatte. In der damaligen Beratung sei in Bezug auf den Kulturpreis und den Sozialpreis festgestellt worden, dass die Höhe deren Preisgelder reglementiert seien.

Obschon etwas weniger beachtet, gebe es in Langenthal einen weiteren Preis. Gemäss Art. 2 "Reglement der Sportkommission" könnte die Stadt Langenthal auch einen Sportpreis mit einer maximalen Preissumme von Fr. 15'000.00 verleihen. Dass dieser Betrag nicht im Budget eingestellt gewesen sei, habe den einfachen Grund, dass der Gemeinderat die Bestimmung im Absatz 2 – wie übrigens bei all den Preisen – als Kann-Formulierung anwende. Der Gemeinderat habe in den letzten Jahren auf die Verleihung des Sportpreises verzichtet, weil es im Oberaargau mit dem Donnerstag Club eine Vereinigung gebe, die jährlich Sportpreise verleihe. Der Donnerstag Club könne wesentlich kräftiger Preise verteilen, als es der Stadt Langenthal aufgrund ihrer bestehenden reglementarischen Bestimmungen möglich sei.

Der Gemeinderat gehe davon aus, dass die vom Stadtrat erlassenen und geltenden Reglemente debattierte und beschlossene Bestimmungen (Maximalbeträge) enthalten. In diesem Sinne empfehle der Gemeinderat dem Stadtrat, den Vorstoss in der Form der Motion - aber auch in der allenfalls in ein Postulat gewandelten Form – zur Ablehnung.

**Motionär Roberto Di Nino (SVP):** Der Stadtpräsident führe den Ursprung der Motion auf die letzte Budgetdebatte zurück. Namens der SVP-Fraktion gehe er aber noch einen Schritt weiter zurück und verweise auf die erste Sitzung des Stadtrates im Jahre 2015, als dem Parlament von Herrn Hans-Rudolf Saxer (externer Projektleiter) die Ergebnisse des Projektes "AEA" vorgestellt worden seien. Damals sei präsentiert worden, dass das Budget mit Einnahmensteigerungen und mit Einsparungen um rund Fr. 1,7 Mio. (unter Berücksichtigung der IBL-Dividende) verbessert werde. Damals sei ebenso zur Kenntnis genommen worden, dass im Betrag von Fr. 1,7 Mio. auch ganze Fr. 2'000.00 (0,1%) für die Kulturförderung enthalten seien, obschon unter Kulturförderung nicht nur der heute zur Diskussion stehende Kulturpreis, sondern eine insgesamt namhaftere Position zu verstehen sei.

Der Gemeinderat habe damals informiert, dass sich gewisse noch nicht umgesetzte Aufträge zwecks Abklärungen in den Ämtern befinden. In Bezug auf die Kulturförderung habe der Gemeinderat gemäss Bericht vom 20. August 2014 den Auftrag erteilt, Einsparungen in der Grössenordnung von Fr. 20'000.00 zu initiieren. Die Fr. 20'000.00 seien somit der eigentliche Beitrag, den die Kulturförderung zur Sanierung der Stadtfinanzen im Rahmen des "AEA-Projekte" zu leisten hätte, was aber bis anhin nicht geschehen sei. Aus diesem Grund halte die SVP-Fraktion die Haltung des Gemeinderates zur vorliegenden Motion als inkonsequent. Mit dem Vorstoss liege nämlich ein Lösungsvorschlag zu einem Ziel vor, das der Gemeinderat selber definiert habe.

Die AEA-Liste enthalte weitere Massnahmen, wie beispielsweise die Erhöhung der Badi-Preise. Dieser Auftrag sei vom Gemeinderat wie beschlossen, durchgezogen und umgesetzt worden, was von der Bevölkerung auch akzeptiert werde, obschon ein grosser Teil der Langenthalerinnen und Langenthaler davon betroffen sei. Dementsprechend unverständlich erachte es die SVP-Fraktion, dass von der Kulturförderung kein Beitrag geleistet werden müsse.



Dass sich die Kulturförderung aus der Verantwortung stehlen könne, auch nur einen bescheidenen Beitrag zur Entlastung des Budgets zu leisten, habe in der SVP-Fraktion einigen Ärger hervorgerufen, worauf mit der Einreichung des vorliegenden Vorstosses reagiert worden sei. Die SVP-Fraktion sehe nicht ein, weshalb dieser Bereich einen Sonderstatus geniessen soll.

Aus den Unterlagen gehe hervor, dass der Kulturpreis aus Sicht der Stadt ein Faktor des Standortmarketings sei. Die SVP-Fraktion wolle den Preis ja gar nicht abschaffen, sondern lediglich reduzieren. Möglicherweise würde die Wirkung für die Stadt sogar dadurch verbessert, die Ressourcen etwas konzentrierter einzusetzen, als jährlich inflationär den vollen Betrag von Fr. 15'000.00 gemäss Reglement auszuschiessen. Der SVP-Fraktion gehe es nur um die Höhe des Preises.

In den Akten werde der Betrag von Fr. 15'000.00 damit begründet, dass Kunstschaaffende ihren Lebensunterhalt häufig mit sehr knappen Mitteln bestreiten müssen und, dass es diesen durch den Kulturpreis erst ermöglicht werde, ihre Projekte voranzutreiben. Dieses Argument werde von der SVP-Fraktion als falsch erachtet. Bei Betrachtung der Liste der Preisträger falle auf, dass sich die Mehrheit dieser Personen in hervorragenden wirtschaftlichen Situationen befinde. Auch letztes Jahr seien innovative und erfolgreiche Unternehmerinnen ausgezeichnet worden. Dass dem so sei, werde als super empfunden und verdiene Respekt. Nichtsdestotrotz werde damit aber klar, dass das in den Akten aufgeführte Argument falsch sei.

Der SVP-Fraktion gehe es nicht darum, die Kultur anzugreifen oder gar abzuschaffen, sondern darum, eine bestehende Ungleichheit nicht zu tolerieren. Die SVP-Fraktion verlange deshalb klar, dass auch der Bereich der Kulturförderung einen Beitrag zur Entlastung der Stadtfinanzen leiste und sich damit solidarisch gegenüber den übrigen Bereichen verhalte. Die im Vorstoss geforderte Reduktion des Preisgeldes um Fr. 5'000.00 auf Fr. 10'000.00 wäre ein erster möglicher Schritt in diese Richtung.

Der SVP-Fraktion gehe es auch nicht darum, den Sozialbereich gegen die Kultur auszuspielen. Die Frage, wieviel Geld die Stadt freiwillig ausbebe, müsse aber erlaubt sein. Der Sozialpreis mache eben deutlich, dass auch mit Fr. 10'000.00 eine würdige Verleihung ausgerichtet werden könne.

Bereits jetzt höre er Stimmen, die sagen, dass von der SVP-Fraktion im Traktandum Nr. 3 locker Fr. 960'000.00 Mehrkosten genehmigt worden seien, wogegen im vorliegenden Traktandum wegen Fr. 5'000.00 ein Aufstand gemacht werde. Obwohl er bedeutend weniger Kenntnisse als Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch vom Parteiprogramm der SP habe, kenne er doch einen der Slogans daraus, der laute: *"Für alle, statt für wenige!"*. Seiner Ansicht nach profitieren vom Bereich Sport sehr viele, wogegen vom Bereich Kultur nur sehr wenige profitieren.

Namens der SVP-Fraktion bitte er der vorliegenden Motion zuzustimmen und damit Ungleichheiten abzubauen.

**EVP/glp-Fraktion, Anita Steiner-Thaler (EVP):** Die EVP/glp-Fraktion habe sich ausführlich mit der Motion beschäftigt und sei einstimmig zum Schluss gekommen, den Kultur- und der Sozialpreis nicht gleich behandeln zu wollen. Für die EVP/glp-Fraktion seien die beiden städtischen Preise nicht direkt vergleichbar. In dieser Hinsicht sei eine differenzierte Sichtweise gefordert. Lediglich die Preissummen zu vergleichen sei befremdlich.

Mit dem Sozialpreis werde zu recht aussergewöhnlich soziales und ehrenamtliches Engagement für die Öffentlichkeit honoriert. Die jährliche Auszeichnung von sozialem Engagement sei ein wichtiger und wertvoller Bestandteil der Stadt Langenthal. Diese Wertschätzung verdiene ganz klar Fr. 10'000.00 pro Jahr.

Mit dem Kulturpreis hingegen, werde kulturelles Schaffen ausgezeichnet. Zugleich finde damit eine Förderung der Kunst bzw. der Kunstschaaffenden statt. Der Kulturpreis könne durchaus einem begabten Kunstschaaffenden als Sprungbrett dienen. Pedro Lenz beispielsweise habe sich als Träger des Preises national etablieren können. Zudem bereichere der Preis die Menge der Kunstschaaffenden und der Kunstobjekte in Langenthal, was wiederum dem Stadtmarketing diene. Schliesslich werde der Kulturpreis nicht selten auf mehrere Preistragende verteilt ausgerichtet.



Dass das aus der Suche nach Sparmassnahmen resultierende Sparpaket den Anstoss zur Einreichung der vorliegenden Motion gegeben habe, möge sein. Die Kultur zu schröpfen, werde aber als Seitenhieb und als Angriff auf den Kulturbereich verstanden. Der Kulturbereich habe grundsätzlich und immer wieder – nicht nur in Langenthal - damit zu kämpfen, entsprechend wahrgenommen zu werden, was in der Realität heisse, sich nicht selten in den Medien dafür einsetzen zu müssen, um nicht unterzugehen. Dank der Renovation des Stadttheaters liege der Begriff Kultur in aller Munde, was in kritischen wie auch wohlwollenden Haltungen zum Thema zum Ausdruck komme.

Da die beiden Preise in unterschiedliche Bereiche eingreifen, sehe die EVP/glp-Fraktion keine Notwendigkeit, die Preisgelder anzugleichen. Die EVP/glp-Fraktion sei vielmehr darüber erfreut, dass die Stadt Langenthal jährlich einen Kulturpreis und einen Sozialpreis verleihe. Wichtig sei nicht die Höhe der Gelder, sondern, dass die Leistungen gewürdigt werden. Damit setze die Stadt Langenthal wichtige Signale nach innen und sende positive Signale nach aussen. Aus diesen Gründen spreche sich die EVP/glp-Fraktion gegen die Motion aus.

**SP/GL-Fraktion, Martina Moser (SP):** Namens der SP/GL-Fraktion zeige sie auf, dass auch vom Kulturpreis Viele profitieren. Am vergangenen Samstag seien die Tore des altherwürdigen Stadttheaters geschlossen worden. Die Verabschiedung sei im Rahmen des Theaterfestes erfolgt. Wer daran teilgenommen habe, habe an diesem Abend erlebt, wie die Kultur Langenthalerinnen und Langenthaler aber auch Auswärtige zusammengebracht habe, indem die kulturellen Leckerbissen gemeinsam genossen worden seien. Die Kultur habe Gross und Klein, Rechts und Links sowie Alt und Jung zusammengebracht und verbunden, was immer wieder passieren sollte und unterstützt werden müsse. Etwas Besseres als diejenigen zu fördern und zu würdigen, die Begegnungen dieser Art ermöglichen und sie damit zu motivieren, weiterhin solch tolle Projekte auf die Beine zu stellen, gebe es gar nicht. Die Kunst- und Kulturszene in Langenthal sei lebendig, gross, vielseitig, bemerkenswert und habe schon in verschiedenen Sparten einige bekannte Persönlichkeiten hervorgebracht.

Mit dem Kulturpreis der Stadt Langenthal für aufstrebende Künstlerinnen und Künstler werden deren Arbeiten nicht nur anerkannt und gewürdigt, sondern durch einen finanziellen Beitrag auch unterstützt, mitgefördert und ermöglicht; und zwar nicht nur die Arbeit von Künstlerinnen und Künstlern, die finanziell gut aufgestellt seien. Auch die Tatsache, dass der Preis nahezu immer an drei Preistragende vergeben werde, rechtfertige es, das Preisgeld des Kulturpreises um Fr. 5'000.00 höher zu dotieren, als das Preisgeld des Sozialpreises, der bis anhin an maximal zwei Preistragende vergeben worden sei.

Der SP/GL-Fraktion sei durchaus klar, dass der künstlerische Weg der Preisträgerinnen und Preisträger nicht einzig von der Höhe des Preisgeldes abhängig sei. Mit der Kürzung der Summe würde gegenüber den Kunst- und Kulturschaffenden der Stadt Langenthal und der Region ein fragliches Zeichen gesetzt. Die SP/GL-Fraktion finde es unverständlich und schade, dass – um in einer gewissen Sparte Erfolge zu erreichen – zum Schluss der Rotstift immer bei der Kultur angesetzt werden soll. Die Kultur schaffe es auch in der heutigen Zeit, Leute zusammenzubringen.

Die SP/GL-Fraktion habe auch dieses Geschäft hinterfragt und kritisch geprüft und sei zum Schluss gelangt, dass es absolut keinen Grund gebe, der Motion zuzustimmen.

**Beatrice Lüthi (FDP):** Auf die Gefahr hin, sich dem Vorwurf auszusetzen, eine schlechte Verliererin zu sein, halte sie es für eine perverse Haltung, den Kulturpreis um Fr. 5'000.00 höher einzustufen, als den Sozialpreis. Wenn ein Kulturpreis vergeben werde, dann werde der Preis an Jemanden verliehen, der sein Hobby zum Beruf gemacht habe und der damit eigentlich etwas für sich selbst tue. Mit dem Sozialpreis dagegen werden Personen für ihr Schaffen im Hintergrund zu Gunsten Dritter - die die Hilfe brauchen können und vor allem nötiger haben - gewürdigt. Die beiden Preise lassen sich mit "Brot und Spiele" vergleichen. Der Kulturpreis stehe für "Spiele", der Sozialpreis für "Brot", was ihrer Meinung nun mal wichtiger sei, als zu spielen, weshalb sie den vorliegenden Vorstoss vorbehaltlos unterstütze.



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

## III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**
  - I. **Die Motion der SVP-Fraktion vom 25. Januar 2016:** Gleichbehandlung von Sozialpreis und Kulturpreis **wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**
- **Der Stadtrat beschliesst mit 20 Stimmen Ja gegen 13 Stimmen Nein (bei 3 Enthaltungen):**
  - II. 1. **Die Motion der SVP-Fraktion vom 25. Januar 2016:** Gleichbehandlung von Sozialpreis und Kulturpreis **wird nicht erheblich erklärt.**
  2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 8. Motion Morgenthaler Helena, Schütz Andrea (beide SVP) und Mitunterzeichnende vom 25. Januar 2016: Videoüberwachung Kreuzfeld-Areal; Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP):** Der Vorstoss sei zurückgezogen worden. Um den Rückzug kurz zu begründen, erteile er einer der Motionärinnen das Wort:

**Motionärin Helena Morgenthaler (SVP):** Namens ihrer Mitmotionärin als auch als Sprecherin der SVP-Fraktion gebe sie eine Erklärung für den Rückzug der Motion ab.

Vorerst danke sie speziell dem Amtsvorsteher öffentliche Sicherheit, Andreas Ryf, für die Ausarbeitung des mit 21. März 2016 datierten Berichts zu Händen des Gemeinderates. Mit Zufriedenheit werde aufgenommen, dass auch der Gemeinderat Handlungsbedarf sehe, die Vandalismusproblematik auf dem Kreuzfeldareal anzugehen. Im Bericht sei festgehalten: *"Der Schadensverlauf hinsichtlich von Vandalismus (mutwilligen Sachbeschädigungen) im Kreuzfeldareal ist unbestrittenermassen besorgniserregend."* Anlässlich der Schulleiterkonferenz hätten sich auch die Schulleiter des Kreuzfeldes 1 – 4 in diesem Sinne geäussert. Zudem werde von diesen auch ein vermehrter Einsatz von Polizeipatrouillen ausserhalb der Unterrichtzeiten gewünscht. Sogar ToKJO halte fest, dass Polizeipatrouillen allenfalls nachhaltig wirken. Das Amt für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS) äussere sich dahingehend, dass die Situation auf dem Areal mit einer besseren Ausleuchtung sowie allenfalls mit einer punktueller Videoüberwachung verbessert werden könnte.

Weder sie noch ihre Mitmotionärin sei der Meinung, dass es sich bei den Tätern vorwiegend um Schüler handle. Vielmehr sei davon auszugehen, dass es sich um nächtliche Saubandenzüge von Leuten handle, die aus Langeweile oder aus Übermut auf Zerstörung aus seien, wie dies im letzten Herbst im K4 auch der Fall gewesen sei. Dieser Täter – ein 22-jähriger Auswärtiger - sei gefasst und verurteilt worden.

Dass ein Ausbau von SIP – wie dies von anderen Kreisen gewünscht werde – zielführend sei, werde bezweifelt, weil die Institution SIP einfach keine oder zu wenig Handhabe habe, um vor Ort handeln zu können.

Mit Interesse sei die Orientierung des Gemeinderates anlässlich der Januar-Stadtratssitzung (Traktandum Nr. 8) verfolgt worden. Gemeinderat Rolf Baer habe damals berichtet, dass der Gemeinderat die Installation einer Videoüberwachung auf dem Wuhrplatz prüfen wolle und dafür Offerten einhole.

In den Grundlageakten zur vorliegenden Motion befinde sich die Offerte der StoreProtect GmbH. Beim Studium dieser Unterlagen habe sie nicht schlecht gestaunt, mit welchem finanziellen Aufwand eine komplette Videoüberwachung des Kreuzfeldareals verbunden wäre.

Allen sei wahrscheinlich bewusst, in einer Gesellschaft zu leben, in der alles überwacht werde. Beim Detailhändler, im Tankstellenshop, am Bahnhof, in Restaurants, in der SBB etc. etc. Der unbescholtene Bürger habe dabei aber nicht zu befürchten. Sie als auch ihre Mitmotionärin würde sich gerne vom Argument überzeugen lassen, dass sich das Geschehen von videoüberwachten Orten an unüberwachte Orte verlagere.

Mit der grossen Vorarbeit, die zum vorliegenden Vorstoss bereits geleistet worden sei, werde nach ihrer sowie der Ansicht ihrer Mitmotionärin, der Prüfungsauftrag an ein Postulat praktisch erfüllt. Deshalb werde darauf verzichtet, den Vorstoss in ein Postulat zu wandeln. Mit grosser Spannung werde ihrerseits aber erwartet, was auf dem Wuhrplatz passiere, wenn dieser videoüberwacht werde. Auch die von verschiedenen Seiten geforderten nächtlichen Polizeipatrouillen, werden sehr begrüsst.



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

Von ihr sowie ihrer Mitmotionärin werde anerkannt, dass die Verhältnismässigkeit des Aufwands und des Ertrags einer Videoüberwachung des Kreuzfeldareals ungünstig sei. Im Vorfeld der heutigen Stadtratsitzung sei ihrerseits auch festgestellt worden, dass die Motion ausser von der SVP-Fraktion wenig bis keine Unterstützung erfahren werde. Einzig im Falle der Wandelung in ein Postulat wäre eine Unterstützung von anderen Fraktionen zu erwarten. Aus diesem Grund werde der Vorstoss von ihr und ihrer Mitmotionärin zurückgezogen.

### III Abstimmung:

Keine Abstimmung

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 9. Mitteilungen des Gemeinderates

### ■ Bearbeitungsstand Projekt Areal Alte Mühle

**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** Das Geschäft sei im August 2015 im Stadtrat beraten worden. Der Stadtrat habe damals die Rückweisung des Geschäfts an den Gemeinderat beschlossen. In der Folge habe sich der Gemeinderat eingehend mit der Situation auseinandergesetzt und in Erwägung gezogen, das Mühlesilo für den Verkauf vorzubereiten. Entsprechende Gespräche seien geführt worden. Innerhalb dieser Gespräche sei - in Würdigung der im Stadtrat gefallenen Voten - aber der Entschluss gereift, dass eine isolierte Betrachtung (Verkauf Mühlesilo), den gestellten Erwartungen nicht zu entsprechen vermöge, weshalb der Gemeinderat den Auftrag erteilt habe, einen neuen konzeptionellen Vorschlag auszuarbeiten, der das ganze Areal (inklusive Bauernhaus und angrenzende Gebiete) betreffe und der alle Optionen für eine künftige Nutzung durch die Stadt selber, oder für Investoren berücksichtige. Bis Mitte August dieses Jahres werde dem Gemeinderat voraussichtlich ein entsprechender Vorschlag vorliegen, um über das weitere Vorgehen beschliessen zu können.

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 10. Parlamentarische Fragestunde

### ■ **Fragen** von **Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch (EVP)** betreffend **Zivilschutzkeller als Lagerungsort für 600-jährige Dokumente:**

*In einem Zivilschutzkeller des Kirchenzentrums Zwinglihaus werden gegenwärtig Dokumente verschiedener Firmen, Organisationen und Vereinen gelagert. Darunter befinden sich u.a. auch Urkunden, die bis 1400 zurückreichen, wie ein persönlicher Augenschein vor Ort gezeigt hat.*

*Trotz einer entsprechenden Motion von Stadtrat Urs Zurlinden (FDP), deren Bearbeitungsfrist bereits dreimal vom Stadtrat verlängert wurde, hat sich die Situation bezüglich der Archivierung von Dokumenten und Kunstgegenständen seit der Überweisung des Vorstosses im Jahre 2009 nur teilweise verbessert.*

- 1. Wie beurteilt der Gemeinderat die heutigen Verhältnisse bezüglich der Archivierung von Dokumenten und Kunstgegenständen in Langenthal?*
- 2. Welche Vorkehrungen sind geplant, damit wertvolles Kulturgut, wie es u.a. im Zwinglihaus gelagert wird, zukünftig in geeigneter Art und Weise aufbewahrt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann?*
- 3. Inwiefern wird die Idee der Schaffung eines zentralen Stadtarchivs, in dem insbesondere auch Dokumente von Firmen, Organisationen, Vereinen und politischen Parteien fachgerecht aufbewahrt werden, weiterverfolgt?*
- 4. Mit welchen konkreten Ergebnissen kann bis zum Ende der aktuellen Bearbeitungsfrist der Motion Zurlinden (18. Mai 2017) gerechnet werden?*

### ■ **Antworten** von **Gemeinderat Daniel Rügger (EVP)** auf die *Fragen* von Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch (EVP):

1. Der Gemeinderat beurteile die Verhältnisse für die Archivierung von Dokumenten und von Kunstgegenständen in Langenthal grundsätzlich als gut. Selbstverständlich werde eine Optimierung in Richtung eines zentralen Stadtarchivs angestrebt.

Im Mai 2014 sei der Afa Archiv GmbH, Bern, in Zusammenarbeit mit der Stiftung zur Förderung wissenschaftlich-heimatkundlicher Forschung, der Auftrag zur Erschliessung der Altbestände der Stadtverwaltung erteilt worden. Inzwischen seien die Akten der Einwohnergemeinde Langenthal vor 1833 und diejenigen von 1833 bis 1900 vollumfänglich erschlossen.

Das Archiv der Kunstgegenstände (Kunstsammlung der Stadt Langenthal) sei wegen der bevorstehenden Sanierung des Stadttheaters im Archivraum des Zwinglihauses untergebracht worden. Der Raum sei mit einer Klimaanlage ausgestattet, die ein optimales Raumklima zur Lagerung von Kunstgegenständen gewährleiste.

2. Ein zentrales Archiv mit optimalen raumklimatischen Verhältnissen sei selbstverständlich erstrebenswert. Eine mögliche Alternative für ein zentrales Archiv am Standort des Mühlesilos werde geprüft. Dabei gelte es aber, die Kosten und den Aufwand für die Bewirtschaftung eines professionell geführten Stadtarchivs ganz klar zu berücksichtigen. Ein zentrales Stadtarchiv könnte seinen Auftrag gegenüber der Öffentlichkeit wahrnehmen.
3. Was die Archive von alteingesessenen Langenthaler Firmen betreffe, lasse sich - nebst dem Hinweis auf die Antworten zur Frage 1 und 2 – am Beispiel des Archivs der Firma Hector Egger AG aufzeigen, wie Firmengeschichte für die Nachwelt bewahrt werden konnte: Das Hector Egger-Archiv sei der Stadt Langenthal im Jahr 2009 geschenkt worden. Der gesamte Archivbestand sei dem Staatsarchiv des Kantons Bern übergeben worden. Dort seien die Akten der Forschung zugänglich und für die Nachwelt gesichert.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

Auch für das Archiv der Porzellanfabrik Langenthal AG (Sammlung aller Produkte von der Gründung der Fabrik bis heute) seien Verhandlungen am Laufen. Zusammen mit dem Museum Langenthal und dem Gastronomiemuseum im Schloss Schadau in Thun werde nach einer Lösung gesucht, wie die Sammlung dem interessierten Publikum zugänglich gemacht werden könnte.

4. Je nach Resultat der initiierten Abklärungen betreffend das zentrale Stadtarchiv, bestehe die Möglichkeit, dass dem Stadtrat vor Ablauf der aktuellen Bearbeitungsfrist der Motion Bericht erstattet werden könne. Wenn das Projekt der Archiverschliessung wie geplant weitergeführt werden könne, gehe der Gemeinderat davon, dass diese Arbeiten im Verlauf des Jahres 2017 zu einem Ende gebracht werden können.

■ **Fragen** von **Stadtrat Roberto Di Nino (SVP)** betreffend **Nutzung des Verwaltungsgebäudes Jurastrasse 22 für private Anlässe:**

*Im März wurde bekanntlich die Kampagne der SP und von weiteren Parteien für die Kandidatur des Stadtpräsidenten lanciert. Aus der Berichterstattung konnte zur Kenntnis genommen werden, dass dieser Medienanlass im Verwaltungsgebäude ("Glaspalast") durchgeführt wurde. Es handelte sich dabei um einen persönlichen Wahlkampfauftritt und damit klar um einen rein privaten Anlass.*

*Aufgrund dieser Ausgangslage wird der Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen ersucht:*

1. *Welche Regelungen bestehen hinsichtlich der Nutzung des Verwaltungsgebäudes Jurastrasse 22 für private Anlässe?*
2. *Haben die den Anlass organisierenden Parteien bzw. Personen die Stadt um die Beanspruchung des Verwaltungsgebäudes - insbesondere auch um die Nutzung des Gemeinderatszimmers - für diesen Medienauftritt ersucht?*
3. *Falls ein Gesuch gestellt worden ist: Wer hat dieses bewilligt? Falls kein Gesuch gestellt worden ist: Wäre ein solches - im Falle einer Einreichung - bewilligt worden?*

■ **Antworten** von **Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP)** auf die *Fragen* von Stadtrat Roberto Di Nino (SVP):

1. Das Gebäude werde einerseits vom Kanton und andererseits von der Stadt Langenthal genutzt. Aus diesem Grund sei im Gebäude eine Betriebskommission tätig. Wenn jemand einen privaten Anlass durchführen möchte, müsse der Betriebskommission ein entsprechendes Gesuch vorlegen. Wenn die Betriebskommission dem Gesuch stattgebe, müsste allenfalls noch überprüft werden, ob der private Anlass einen politischen Hintergrund habe. Wenn dem so wäre, müsste das Gesuch auch dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden, wie dies auch im Fall der Nutzung anderer öffentlicher Gebäude erforderlich sei.
2. Nein.
3. Mit Verweis auf die Antwort zur Frage 2, laute auch diese Antwort Nein.



■ **Fragen** von **Stadtrat Pascal Dietrich (JL)** betreffend **Standort der nurmehr einzigen Poststelle in Langenthal:**

*Trotz hartnäckiger Opposition des Gemeinderats und grossen Unmuts in breiten Bevölkerungskreisen hat die Schweizerische Post ihren fragwürdigen Entscheid, die Poststelle 2 – die "Löwenpost" – zu schliessen, letztlich umsetzen können. Die Eidgenössische Postkommission, welche vom Langenthaler Gemeinderat angerufen wurde, hat leider keine gegenteilige Empfehlung abgegeben. Damit verbleibt in Langenthal nurmehr eine einzige Poststelle, nachdem vor rund zehn Jahren bereits die Poststelle 3 – die "Schorenpost" – geschlossen worden war.*

*Der Standort der einzigen Poststelle beim Bahnhof ist für viele Langenthalerinnen und Langenthaler ungünstig. Namentlich für die ältere Generation der Einwohner in den südlichen und östlichen Quartieren wäre eine Poststelle im Zentrum weitaus dienlicher.*

- 1. Ist der Gemeinderat noch in Verhandlungen mit der Post über einen allfälligen Standortwechsel der einzigen Poststelle in Langenthal?*
- 2. Welche Schritte beabsichtigt der Gemeinderat weiter zu unternehmen, um dem Anliegen breiter Bevölkerungskreise nach einer Poststelle im Zentrum bei den Verantwortlichen der Post Nachachtung zu verschaffen?*
- 3. Falls ein Standortwechsel nicht gelingen sollte: Welche Auswirkungen haben das wegen der zusätzlichen Frequenz der Hauptpost erhöhte Verkehrsaufkommen und die zusätzlich benötigten Parkplätze auf die Planung des Projekts ESP Bahnhof?*

■ **Antworten** von **Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP)** auf die *Fragen* von Stadtrat Pascal Dietrich (JL):

1. Nein. Am 27. August 2015 habe die Eidgenössische Postkommission (PostCom) eine sogenannte Empfehlung erlassen und darin festgehalten, dass der Entscheid der Post, die Löwenpost zu schliessen, mit den gesetzlichen Vorschriften im Einklang stehe und, dass im fraglichen Gebiet weiterhin eine gute postalische Grundversorgung bestehe. Trotz dieses abschliessenden Entscheides habe der Gemeinderat beschlossen, mit der Post nochmals in Kontakt zu treten, um die Suche nach einer Agenturlösung erneut zu thematisieren. Das Gespräch habe am 22. Oktober 2015 stattgefunden. Die Post habe sich damals nicht bereit erklärt, die Öffnung einer Agentur anstelle der mittlerweile geschlossenen Poststelle 2 weiter zu verfolgen und mitgeteilt, vorerst an der Realisierung der geplanten Erweiterung der Poststelle 1 festzuhalten.
2. Der Gemeinderat werde die Entwicklungen im Bereich der Poststelle 1 weiterhin aufmerksam verfolgen und gegebenenfalls erneut auf die Post zugehen. Im jetzigen Zeitpunkt seien die Möglichkeiten jedoch ausgeschöpft.
3. Im jetzigen Zeitpunkt seien die Auswirkungen der Poststellenschliessung auf die Frequenzen bei der Hauptpost am Bahnhof noch nicht abschliessend bekannt. Die Schaffung zusätzlicher Parkplätze sei aktuell nicht geplant, respektive es liege kein entsprechendes Baugesuch der Post vor. Die Post und ihr Grundstück sei nicht Teil des ESP-Perimeters. Das Projekt ESP sei vom Entscheid der Post, die Poststelle 2 zu schliessen, somit nicht betroffen.

■ **Fragen** von **Stadtrat Pascal Dietrich (JL)** betreffend **Serviceabbau bei den SBB auch in Langenthal:**

*Mit dem Fahrplanwechsel im vergangenen Dezember haben die SBB das Bahnhofs-Check-In massiv eingeschränkt. Nebst anderen wurde auch Langenthal von der Liste der Bahnhöfe gestrichen, an denen das Check-In möglich ist.*

- 1. Wurde der Gemeinderat von den SBB über den bedauerlichen Serviceabbau in Langenthal informiert?*
- 2. Hat der Gemeinderat deswegen bei den SBB interveniert; falls ja, wie lautete die Antwort?*



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

3. *Wie verträgt sich dieser Serviceabbau aus Sicht des Gemeinderats mit den Bestrebungen, mit hohen Investitionen in das Projekt ESP Bahnhof den öffentlichen Verkehr in Langenthal zu fördern und zu stärken?*

- **Antworten** von **Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP)** auf die *Fragen* von Stadtrat Pascal Dietrich (JL):

1. Nein.
2. Mit Verweis auf die Antwort zur Frage 1, laute auch diese Antwort Nein.
3. Der Gemeinderat sehe in diesem spezifischen Service keine Konkurrenz zum ESP-Projekt, da es beim ESP-Projekt insbesondere darum gehe:
  - die Stadtteile Nord und Süd besser zu verbinden,
  - die Drehscheibe des öffentlichen Verkehrs und die Zugänglichkeit zu den Verkehrsanlagen zu verbessern,
  - die Bahnhofplätze Nord und Süd zu attraktivieren.

Im Übrigen verfolge die SBB ein internes Projekt, das zum Teil schon umgesetzt worden sei bzw. das sich zum Teil wegen noch laufenden Gesetzgebungsänderungen bezüglich der Benutzerfreundlichkeit der Verkehrsanlagen noch in der Umsetzung befinde.

- **Fragen** von **Stadtrat Pascal Dietrich (JL)** betreffend **neue Eishockeyarena für Langenthal:**

*Bekanntlich sind die Tage der Eishalle Schoren gezählt, einerseits wegen des Baurechtsvertrags, aber vor allem auch aus verkehrs- und sicherheitstechnischen Gründen. In Langenthal muss deshalb mittelfristig eine neue Eishockeyarena entstehen. Der Verein Arena Oberaargau verfolgt dieses Ziel.*

1. *Welche Massnahmen hat der Langenthaler Gemeinderat bisher unternommen, um das Ziel eines neuen Eishockeystadions in Langenthal zu unterstützen und zu fördern?*
2. *Welche Massnahmen plant er zukünftig, insbesondere um die Planung des Vorhabens zu beschleunigen und einen Entscheid innert nützlicher Frist zu ermöglichen?*
3. *Sieht der Gemeinderat Alternativen zum Bau einer neuen Eishockeyarena in Langenthal?*

- **Antworten** von **Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP)** auf die *Fragen* von Stadtrat Pascal Dietrich (JL):

1. Der Gemeinderat sei durch ihn als Stadtpräsident auch im Vorstand des Vereins Oberaargau vertreten, womit ihm das Ansinnen des Vereins bekannt sei. Ein aus seiner Sicht entscheidender Punkt sei, dass in den vorliegenden Siedlungsrichtplanentwurf mögliche Standorte für ein künftiges neues Eishockeystadion aufgenommen worden seien.
2. In Anlehnung an den Siedlungsrichtplan, der im Moment noch nicht fertiggestellt sei (im Anschluss an die Mitwirkung werde er zur Vorprüfung an den Kanton geschickt), habe der Gemeinderat entschieden, ein Geschäft vorzubereiten, um die vorgeschlagenen Standorte einer Eignungsprüfung zu unterziehen. Der Gemeinderat erhoffe daraus Argumente zu gewinnen, um allenfalls die nächsten Schritte betreffend die Priorisierungsfrage einleiten zu können.
3. Zur Zeit sehe der Gemeinderat keine Alternative.



■ **Fragen von Stadtrat Simon Lüdi (SP) betreffend Bushaltestelle Wiesenstrasse (Migros):**

*Während die Bushaltestelle stadtauswärts fast schon luxuriös daherkommt (gedeckt, Sitzmöglichkeiten etc.), sieht's stadteinwärts etwas anders aus. Da es sich um ein Trottoir handelt, ist eine Sitzmöglichkeit aus Platzgründen wohl kaum realisierbar, hat aber auch nicht Priorität. Ein Wetterschutz hingegen scheint nicht nur älteren Menschen ein Bedürfnis zu sein.*

1. *Kann in dieser Richtung (Wetterschutz) etwas getan werden?*
2. *Ist eine Überprüfung aller Haltestellen angedacht?*

■ **Antworten von Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP) auf die Fragen von Stadtrat Simon Lüdi (SP):**

1. Im Moment lasse sich daran nichts ändern. Momentan befinde sich das "Bus-Konzept 2030" in Erarbeitung. Im Zuge des Konzepts werde überprüft, wie die Organisation von Stadt- und Regionalbussen am Bahnhof erfolgen soll, und ob die heutigen Linienführungen der Busse auch künftig bestätigt werden können, oder zu hinterfragen seien. In diesem Zusammenhang komme der Aufrüstung von Bushaltestellen nicht 1. Priorität zu.
2. Es werde eine Überprüfung aller Haltestellen geben. Die Überprüfung werde insbesondere auch aufgrund der Behindertengleichstellungsgesetzgebung vorgenommen. Da damit die Einsteigekanten der Busse erhöht werden müssen, gelte es grundsätzlich alle Haltestellen zu prüfen.

■ **Fragen von Stadträtin Beatrice Greber (SP) betreffend Verschmutzung des öffentlichen Raumes:**

*Bewusste oder unbewusste Verschmutzung des öffentlichen Raumes ärgert die grosse Mehrheit unserer Langenthaler Bevölkerung. Die dadurch entstehenden Kosten müssen mit unseren Steuergeldern bezahlt werden, die für Sinnvolleres besser genutzt werden könnten. Littering ist zwar strafbar und die Bussen können schnell Fr. 300.00 betragen. Trotzdem entsteht in der Bevölkerung der Eindruck einer hilflosen Resignation.*

1. *Wie gedenkt der Gemeinderat die Bedürfnisse der Bevölkerung gegenüber dieser gesellschaftlichen Entwicklung ernst zu nehmen?*
2. *Werden auch präventive oder erzieherische Massnahmen geprüft?*
3. *Wurden in Langenthal schon entsprechende Ordnungsbussen ausgestellt?*
4. *Werden wiederholende Verursacher für die Aufräumarbeiten in Verantwortung gezogen?*
5. *Wurden auch schon unkonventionelle Versuche diskutiert, um dieses respektlose Verhalten zu verbessern?*

■ **Antworten von Gemeinderat Pierre Masson (SP) auf die Fragen von Stadträtin Beatrice Greber (SP):**

1. Die Bekämpfung des Litterings sei als Ziel in den Richtlinien zur Regierungstätigkeit in zwei Kapiteln enthalten (G1 und U5). Dementsprechend werden Massnahmen laufend geprüft und umgesetzt. Der Gemeinderat nehme das Thema sehr ernst und halte auch am eingeschlagenen Weg fest, die Thematik ressortübergreifend anzugehen.
2. Derzeit werde vom Amt für öffentliche Sicherheit, im Rahmen des Sicherheitskonzeptes, eine Zusammenarbeit mit ToKJO und den Schulen geprüft. Das Hauptaugenmerk liege auf der Achse Bildungszentrum Langenthal-Bäregg. Zudem prüfe die Umweltschutz- und Energiekommission die Einführung einer Litteringkampagne im Sinne der Sensibilisierung der Öffentlichkeit (analog der Stadt Olten).



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

3. Möglicherweise, wobei zu beachten sei, dass Ordnungsbussen nur von uniformierten Polizisten ausgesprochen werden können; in Langenthal also durch Police Bern. Eher sei davon auszugehen, dass Littering aus dem fahrenden Auto heraus bestraft werde, als dass achtloses Wegwerfen von Abfall auf öffentlichen Plätzen eine Strafe zur Folge habe. Um genauere Angaben zu liefern, müsste Rücksprache mit Kantonspolizei genommen werden, was aber einen nicht unerheblichen administrativen Aufwand auslösen würde.
4. Wenn diese bekannt seien ja.
5. Im Rahmen des Projektes BELLAngenthal seien verschiedene Massnahmen gegen Littering durchgeführt worden. Mit Schülerinnen und Schülern sei ein Plakatwettbewerb durchgeführt worden. Auch seien zwei niederschwellige Arbeitsplätze zur Beseitigung des herumliegenden Abfalls geschaffen worden, die bis heute weitergeführt werden.

### **Anschlussfrage** von **Stadträtin Beatrice Greber (SP)**:

- *Wie steht es um die Durchführung unkonventioneller Projekte, wie beispielsweise das Entfernen von Abfalleimern in Parkanlagen. Anderorts seien die Anlagen dadurch sauberer, als die Anlagen in Langenthal?*

- **Antwort** von **Gemeinderat Pierre Masson (SP)** auf die *Anschlussfrage* von Stadträtin Beatrice Greber (SP):

Im Rahmen der erwähnten und bereits in Angriff genommenen Littering-Kampagne, dürfe damit gerechnet werden, dass auch unkonventionelle Ideen thematisiert werden.

### ■ **Fragen** von **Stadtrat Simon Lüdi (SP)** betreffend "**Nette Toilette**":

*Einige Wirte in Langenthal wundern sich, dass sie noch keine Anfrage betreffs "nette Toilette" bekommen haben.*

*Da es sich um ein Projekt handelt, das bereits ausgearbeitet und in Betrieb ist, scheinen sich allfällige Vorarbeiten für Langenthal in Grenzen zu halten.*

1. *Tut sich bezüglich "nette Toiletten" etwas?*
2. *Kann ein allfälliger Testlauf zügig in Angriff genommen werden?*

- **Antworten** von **Vizepräsident Reto Müller (SP)** auf die *Fragen* von Stadtrat Simon Lüdi (SP):

1. Ja. Der Gemeinderat sei erfreut darüber, dass einige Wirte auf privater Ebene bereits Interesse am Projekt zeigen. Der Gemeinderat habe sich am 14. Oktober 2015 mit dem Prüfbericht des Sozialamtes befasst und das Sozialamt beauftragt, im Laufe des Jahres 2016 mit einzelnen Gastronomen im Stadtzentrum und im Bereich des Bahnhofs zu klären, ob sie bereit wären, zu einem noch unbestimmten jährlichen Entgelt, ihre Toiletten zur öffentlichen Nutzung bereit zu stellen. Im Weiteren werde das Sozialamt in Zusammenarbeit mit dem Stadtbauamt dem Gemeinderat bis spätestens 30. November 2016 einen Vorschlag unterbreiten, mit welchen Gastrobetrieben eine Zusammenarbeit eingegangen werden soll und welche öffentlichen WC-Anlagen im Gegenzug zum Projekt "nette Toilette" geschlossen werden könnten.
2. Ein Testlauf sei kaum nötig, da bereits in anderen Städten wertvolle Erfahrungen gesammelt worden seien. Vielmehr gelte es noch zu prüfen, welche öffentlichen WC-Anlagen zu schliessen sind, damit keine zusätzlichen Kosten entstehen.



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat



## 11 A. Eingereichte Motion Bissegger Lukas, Dietrich Pascal (beide jll) und Mitunterzeichnende vom 2. Mai 2016: Strategiewechsel im Umgang mit der "offenen Szene Wuhrplatz"

Motionstext:

### **"Strategiewechsel im Umgang mit der «offenen Szene Wuhrplatz»**

*Der Gemeinderat wird beauftragt, seine Strategie im Umgang mit der «offenen Szene» auf dem Wuhrplatz anzupassen mit dem Ziel, dass der Platz, die Treppe zur Langeten sowie die Toilettenanlagen von der Bevölkerung uneingeschränkt genutzt werden können. Vor diesem Hintergrund kann die Zuweisung eines klar definierten Aufenthaltsorts für die Personen der «offenen Szene» an einem anderen Ort als auf dem Wuhrplatz eine ernsthafte Alternative darstellen.*

*Begründung: Im Jahr 2011 wurde der neu gestaltete Wuhrplatz eingeweiht. Die Angehörigen der «offenen Szene», welche sich zuvor im kleinen Park auf der Südseite der Langeten aufgehalten hatten, richteten sich rasch auf der anderen Seite ein, hinter und neben den Toilettenanlagen auf dem neuen Wuhrplatz.*

*Polizei und Behörden bemühten sich in den vergangenen fünf Jahren mit erheblichem Aufwand, die negativen Begleiterscheinungen einer «offenen Szene» einzudämmen und die Sicherheit auf dem Wuhrplatz zu garantieren. Namentlich durch das Projekt SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention), aber auch mithilfe der aufmerksamen Kantonspolizei in Langenthal, gelang dies relativ gut. Objektiv besteht auf dem Wuhrplatz kein Sicherheitsrisiko.*

*Trotzdem blieb das subjektive Sicherheitsgefühl, das sogenannte «Bauchgefühl», bei einem nicht zu unterschätzenden Teil der Bevölkerung nachhaltig negativ beeinträchtigt. Auch fünf Jahre nach Einweihung des Wuhrplatzes schreckt die «offene Szene» Teile der Bevölkerung davon ab, auf dem Platz oder auf den Treppenstufen zur Langeten zu verweilen. Der grösste Teil der Bevölkerung meidet aus demselben Grund auch die öffentlichen Toilettenanlagen.*

*Der momentane Zustand ist deshalb nach wie vor unbefriedigend - wie erwähnt trotz guter, im Rahmen des Möglichen wirksamer Arbeit - der für die öffentliche Sicherheit in Langenthal verantwortlichen Stellen. In dieser Situation drängt sich ein Strategiewechsel im Umgang mit der «offenen Szene» auf: Oberstes Ziel muss es sein, dass der Wuhrplatz inkl. Treppe und Toiletten von der ganzen Bevölkerung ohne Ängste und Bedenken benutzt werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, kann eine Änderung der bisherigen Doktrin des Gemeinderates - welcher es bewusst vermieden hat, der «offenen Szene» einen Aufenthaltsort zuzuweisen - nötig werden. Mögliche Alternativstandorte anstelle des Wuhrplatzes sind zu prüfen; die Definition eines konkreten Raums für die «offene Szene» darf kein Tabu bleiben."*

*Lukas Bissegger, Pascal Dietrich und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

<sup>2</sup> Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat



## 11 B. Eingereichte Motion Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 2. Mai 2016: Konzept für ein umfassendes und nachhaltiges Stadtmarketing

Motionstext:

### **"Konzept für ein umfassendes und nachhaltiges Stadtmarketing"**

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Konzept für ein umfassendes und nachhaltiges Stadtmarketing zu erarbeiten.

Begründung: Im härter werdenden Konkurrenzkampf um attraktive Steuerzahler (Privatpersonen und Firmen) vertrauen immer mehr Gemeinden auf ein aktives Gemeindemarketing.

Ein Blick in die Rechnungen 2013 und 2014 der Stadt Langenthal (Konto 180, Stadtmarketing) zeigt, wie die finanziellen Ressourcen im Bereich des Stadtmarketings bisher eingesetzt wurden:

| <b>Konto 180 (Stadtmarketing): Aufwände</b>                    | <b>Rechnung 2013</b>  | <b>Rechnung 2014</b>  |
|--|-----------------------|-----------------------|
| Büromaterial, Drucksachen, Inserate                            | Fr. 26'293.50         | Fr. 14'377.55         |
| Verbrauchs-, Unterhalts- und Hilfsmaterial                     |                       | Fr. 950.10            |
| Spesenentschädigungen  |                       | Fr. 282.00            |
| Repräsentationsausgaben  | Fr. 19'977.75         | Fr. 18'222.20         |
| Dienstleistungen Dritter                                       | Fr. 27'882.50         | Fr. 24'574.40         |
| Honorare, Arbeitsleistungen Dritter                            | Fr. 6'570.35          | Fr. 7'784.80          |
| Stadtladen Langenthal  | Fr. 41'250.00         | Fr. 41'250.00         |
| Schlittschuhclub Langenthal AG; Beitrag an Länderspiel         | Fr. 5'000.00          |                       |
| Schlittschuhclub Langenthal AG; Sponsoringbeitrag              | Fr. 25'000.00         | Fr. 25'000.00         |
| Kunsteisbahn Langenthal AG; Defizitgarantie Länderspiel        | Fr. 20'000.00         |                       |
| Design Preis Schweiz; Unterstützungsbeitrag                    | Fr. 90'000.00         |                       |
| Eidg. Schwing- und Älplerfest 2013 Burgdorf; Sponsoringbeitrag | Fr. 5'000.00          |                       |
| 23. Bern. Kant.-Musikfest 2014 Aarwangen; Sponsoringbeitrag    | Fr. 5'400.00          |                       |
| C-Films AG; Beitrag an Filmproduktion «Der Goali bin ig»       | Fr. 12'680.70         |                       |
| Verein Gartenoper Langenthal                                   |                       | Fr. 20'000.00         |
| Jazz-Tage Langenthal; Unterstützung CD-Produktion              |                       | Fr. 5'000.00          |
| Aare-Seeland Mobil AG; Werbeauftritt Hybrid-Stadtbus           |                       | Fr. 2'613.60          |
| <b>Gesamtaufwand</b>   | <b>Fr. 285'054.80</b> | <b>Fr. 160'054.65</b> |

Es muss festgehalten werden, dass mit dieser Ausrichtung weder von einem aktiven und umfassenden noch von einem zielgerichteten Stadtmarketing gesprochen werden kann. Vielmehr handelt es sich grösstenteils um punktuelle Massnahmen im Bereich des Sponsorings, welche denn auch nur begrenzt zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung bzw. zur Standortpromotion beitragen.

Demgegenüber weist die Stadt Langenthal mit ihrer hervorragenden Infrastruktur und den vielen Naherholungsgebieten eine überdurchschnittliche Wohn- und Lebensqualität auf: Die Gartenstadt Langenthal bietet sowohl städtischen Charakter wie auch ländliche Ruhe und Erholung. Diese ideale Ausgangslage reicht aber nicht aus, um in der heutigen Zeit auf sich aufmerksam zu machen sowie bestehende Kundensegmente (u.a. Einwohner, Arbeitgeber, Besucher) zu binden und zu erhalten. Die Gemeinde muss aktiver und zielgerichteter auf potenzielle Zuzüger und neue Segmente zugehen.

Folgende Ziele könnten mit einem umfassenden und nachhaltigen Stadtmarketing verfolgt werden:

- Professionelle Präsentation der Vorzüge der Stadt Langenthal für eine breitere Öffentlichkeit
- Generierung von finanzkräftigen Steuerzahlern (Privatpersonen oder Firmen)
- Mehreinnahmen für das lokale Gewerbe
- Verbesserung der finanziellen Situation der Gemeinde
- Verbreitung und Vermarktung der Marke «Langenthal»
- Förderung der Tourismusbedeutung"



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

*Daniel Steiner-Brütsch und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---

---

<sup>1</sup> **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

<sup>2</sup> Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



## 11 C. Eingereichte Motion der SVP-Fraktion vom 2. Mai 2016: Prioritäten im Friedhofswesen richtig setzen

Motionstext:

### **"Prioritäten im Friedhofswesen richtig setzen**

*Der Gemeinderat wird beauftragt, folgendes Anliegen zu prüfen:*

*Beim Erarbeiten der anstehenden, weiteren Revisionen zu Reglementen bzw. Verordnungen im Friedhofs- und Bestattungswesen und für die in diesem Zusammenhang zu bildende Arbeitsgruppe hat der Gemeinderat nach folgenden Grundsätzen vorzugehen:*

- *Die Frage einer zeitgemässen Friedhofsnutzung ist unter Einbezug der Bevölkerung und im Besonderen der interessierten Kreise zu diskutieren.*
- *Es sind Massnahmen zu prüfen, um Ruhe, Ordnung und Sauberkeit auf dem Friedhofsareal sicherzustellen; zu prüfen ist insbesondere, wie Lärm, Littering oder gar Vandalismus auf dem Friedhofsareal wirksam unterbunden werden können.*
- *Die Thematik der Sonderwünsche nichtchristlicher Glaubensgemeinschaften ist im Erarbeitungsprozess wie folgt zu gewichten:*
  - *Entsprechenden Wünschen soll von Beginn weg dann keine Bedeutung zukommen, wenn zuvor nicht ein konkretes Bedürfnis von Seiten Betroffener angebracht worden ist.*
  - *Die Stadt soll sich in jedem Fall einzig auf diejenigen Massnahmen beschränken, welche das übergeordnete Recht als Minimalstandard vorgibt.*
  - *Von eigenen Grabfeldern nichtchristlicher Verstorbener soll jedenfalls dann abgesehen werden, wenn dadurch die stimmige Gesamtwirkung des Friedhofs in Frage gestellt oder wenn ein genügendes Platzangebot im Allgemeinen nicht mehr gewährleistet ist.*
  - *Wünschen nach Bestattung in «reiner» (sprich zuvor nicht für die Erdbestattung andersgläubiger Verstorbener verwendeter) Erde ist kein Gewicht beizumessen.*

*Begründung: Am 2. Mai 2016 behandelt der Langenthaler Stadtrat eine Teilrevision des Friedhof- und Bestattungsreglements von eher untergeordneter politischer Tragweite. Aus den Akten ergibt sich aber, dass der Gemeinderat eine (Total-)Revision des Reglements plant, in welchem namentlich die Frage des richtigen Umgangs mit Wünschen nichtchristlicher Gemeinschaften geklärt werden soll. Der Gemeinderat will dazu eine entsprechende Arbeitsgruppe einsetzen.*

*Im Rahmen der bevorstehenden Revisionsarbeiten ist die Frage der zeitgemässen Friedhofsnutzung im Allgemeinen unter Einbezug der Bevölkerung und interessierter Kreise zu diskutieren. Hierbei ist aber der Wahrung von Ruhe, Ordnung und Sauberkeit eine vorrangige Bedeutung beizumessen. Störungen auf dem Friedhofsareal (Lärm und Littering) sind entschieden zu bekämpfen, der Gemeinderat bzw. die Arbeitsgruppe hat deshalb im Prozess zur Ausarbeitung neuer Erlassgrundlagen entsprechende geeignete Massnahmen zu prüfen und in die Revisionsarbeiten einfliessen zu lassen. Das Gesagte muss erst recht für Erscheinungen wie Vandalismus gelten.*

*Demgegenüber erstaunt die prominente Gewichtung der Anliegen nichtchristlicher Gemeinschaften durch den Gemeinderat, sind doch entsprechende Sonderwünsche bislang nicht geltend gemacht worden. Diese Frage soll demnach bei den anstehenden, weiteren Revisionsarbeiten nicht überbewertet werden. Soweit Massnahmen angezeigt sind, hat sich die Stadt auf die Minimalvorgaben des übergeordneten Rechts zu beschränken. Dabei sind auch berechnete öffentliche Interessen (Platzangebot; stimmige Gesamtwirkung des Friedhofs) zu wahren. Der in der islamischen Tradition vorgesehene Bestattung in «reiner» Erde (d.h. Erde, welche zuvor nicht für die Erdbestattung andersgläubiger Verstorbener) hat die Stadt von Beginn weg kein Gewicht beizumessen, eine solche Sichtweise stellt gegenüber den früher Verstorbenen und deren Angehörigen eine Respektlosigkeit dar."*

SVP-Fraktion



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

---

Die Beantwortung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---

---

<sup>1</sup> **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

<sup>2</sup> Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



## 11 D. Eingereichtes Postulat Dietrich Pascal (JL) und Mitunterzeichnende vom 2. Mai 2016: Ausbau des kostenlosen "Abfallunterrichts" an Langenthaler Schulen

Postulatstext:

### **"Ausbau des kostenlosen «Abfallunterrichts» an Langenthaler Schulen**

*Der Gemeinderat wird eingeladen, den Ausbau des über die KEBAG kostenlos angebotenen «Abfallunterrichts» an den Langenthaler Schulen zu prüfen, mit dem Ziel, eine hundertprozentige Beteiligung - gerade auch in der Oberstufe - zu erreichen.*

*Begründung: Die Schweizer Organisation Pusch (Praktischer Umweltschutz) bietet für Schülerinnen und Schüler vom Kindergarten bis zur achten Klasse einen stufengerecht angepassten sogenannten «Abfallunterricht» an. In diesen Lektionen werden Zusammenhänge zwischen Konsum, Abfall und Littering aufgezeigt und das Bewusstsein bezüglich des Umweltverhaltens geschärft.*

*Im Einzugsgebiet der KEBAG, zu dem bekanntlich auch Langenthal gehört, wird der «Abfallunterricht» allen Zielgruppen kostenlos angeboten.*

*Die Langenthaler Schulen haben in den vergangenen Jahren bereits teilweise von diesem Angebot Gebrauch gemacht. Gemäss den Vorgaben des kostenlosen Angebots wären 36 Besuche möglich gewesen, beansprucht wurden allerdings lediglich 21 Besuche, was einer Beteiligung von gut 58 Prozent entspricht.*

*Da es sich beim «Abfallunterricht» offenkundig um ein sinnvolles und wie erwähnt trotzdem kostenloses Instrument handelt, dessen Bedeutung für das Bewusstsein der heutigen Schülerschaft wohl kaum hoch genug eingeschätzt werden kann, wird der Gemeinderat ersucht, die nötigen Schritte einzuleiten, um eine möglichst vollständige Beteiligung der Langenthaler Schülerinnen und Schüler an diesem «Abfallunterricht» sicherzustellen."*

*Pascal Dietrich und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung des Postulats erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---

<sup>1</sup> **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

<sup>2</sup> Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



## 11 E. Eingereichte Interpellation Di Nino Roberto (SVP) und Mitunterzeichnende vom 2. Mai 2016: Beleuchtung von der Öffentlichkeit zugänglichen Privatstrassen: öffentliche oder private Aufgabe?

Interpellationstext:

### ***"Beleuchtung von der Öffentlichkeit zugänglichen Privatstrassen: öffentliche oder private Aufgabe?"***

*Die Stadt Langenthal ist nach Massgabe der Verkehrsbedürfnisse und der Sicherheit für die Beleuchtung aller öffentlichen Strassen im Siedlungsbereich zuständig. Dagegen ist die Beleuchtung von «Privatstrassen» Sache der jeweiligen Grundeigentümer. Soweit dieser Grundsatz im Kern unbestritten sein dürfte, so zeigt sich, dass die Umsetzung dieses Grundsatzes in Einzelfällen schwierig ist.*

*So ist aufgrund von Rückmeldungen aus der Bevölkerung zu schliessen, dass der Gemeinderat in dieser Thematik eine Praxisänderung vollzogen hat: Konkret geht es darum, dass die IBL AG den Unterhalt bzw. den Ersatz von Lampen der Strassenbeleuchtung, welche nicht auf einer Gemeindestrasse stehen, den Liegenschaftseigentümern in Rechnung gestellt hat. Diese Praxisänderung führt zu einer Ungleichbehandlung im Verhältnis dieser Liegenschaftseigentümer gegenüber jenen, deren Haus an einer Gemeindestrasse liegt.*

*Deshalb ersuchen wir den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:*

- 1. Seit wann wurde die geänderte Praxis angewendet?*
- 2. Wie viele Strassen bzw. Grundeigentümer in Langenthal sind von dieser (Neu-)Regelung betroffen?*
- 3. Sind die «finanzierenden» Grundeigentümer gegebenenfalls in der Wahl des Elektrounternehmers frei?"*

*Roberto Di Nino und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt gemäss Art. 38 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

<sup>1</sup> **Art. 38 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Interpellation)

<sup>3</sup> Der Gemeinderat beantwortet die Interpellation bis zur übernächsten Ratssitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern.



## 11 F. Eingereichte Einfache Anfrage Dietrich Pascal (JL) vom 2. Mai 2016: Ende 2016 verjähren alte Verlostscheine – was unternimmt die Stadt?

Text der Einfachen Anfrage:

### **"Ende 2016 verjähren alte Verlostscheine – was unternimmt die Stadt?"**

*Bis 1997 waren Verlostscheine unverjährbar. Mit der Gesetzesänderung vom 16. Dezember 1994, in Kraft seit dem 1. Januar 1997, wurde für Verlostscheine neu eine Verjährungsfrist von 20 Jahren festgelegt (Art. 149a SchKG). Alle vor 1997 ausgestellten Verlostscheine verjähren gemäss den Übergangsbestimmungen 20 Jahre nach Inkrafttreten dieser Änderung.*

*Per 31. Dezember 2016 verjähren deshalb alle «altrechtlichen» Verlostscheine. Die Verjährung kann jedoch unterbrochen werden (und beginnt danach neu zu laufen), beispielsweise mit einer erneuten Betreuung oder auch durch die Leistung einer Teilzahlung durch den Schuldner.*

*Vor diesem Hintergrund ersuche ich um Beantwortung folgender Fragen:*

- *Wie viele offene Verlostscheine besitzt die Stadt Langenthal, welchen Frankenbetrag ergeben diese im Total?*
- *Wie wurden die offenen Verlostscheine bis anhin bewirtschaftet? Sind wegen der künftig unisono geltenden Verjährungsfrist von 20 Jahren Änderungen geplant?*
- *Was unternimmt die Stadt konkret im Hinblick auf die drohende Verjährung aller altrechtlichen Verlostscheine per 31. Dezember 2016?*

*Pascal Dietrich*

---

Die Beantwortung der Einfachen Anfrage erfolgt gemäss Art. 39 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

---

<sup>1</sup> **Art. 39 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Einfache Anfrage)

<sup>3</sup> Der Gemeinderat beantwortet die Einfache Anfrage schriftlich oder mündlich bis zur übernächsten Sitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern. Es findet weder eine Diskussion über die Anfrage noch über die Antwort statt.



## 12. In eigener Sache

**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP):** Es gebe Personen, die heute zum letzten Mal an einer Sitzung des Langenthaler Stadtrates teilnehmen. Wie der Pressemitteilung des Gemeinderates vom 8. April 2016 sowie Medienberichten habe entnommen werden können, demissioniere Frau Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst (JL) nach gut 9 Jahren per heute als Mitglied des Gemeinderates der Stadt Langenthal. Usanzgemäss werde der Fraktion, welchem das aus dem Parlament austretende Exekutivmitglied angehöre, das Wort erteilt, um die Arbeit der abtretenden Person zu würdigen.

**FDP/JL/BDP-Fraktion, Pascal Dietrich (JL):** *"Es ist soweit. Wir müssen unsere Gemeinderätin verabschieden. Ich möchte einen Blick zurückwerfen. Im Oktober 2004 ist Christine Bobst in den Stadtrat gewählt worden. Sie hat das Amt am 1. Januar 2005 angetreten. Mit der Wahl des damaligen Stadtpräsidenten Hans-Jürg Käser (FDP) in den Berner Regierungsrat hat Christine Bobst per 1. Januar 2007 von der Legislative der Stadt Langenthal in die Exekutive gewechselt. Sie hat zuerst das Ressort Versorgung/Entsorgung, Energie und Umwelt geleitet. Dieses Ressort wird oftmals etwas unterschätzt und erfährt gelegentlich eine etwas stiefmütterliche Behandlung. Christine Bobst hat sich voll eingesetzt und sich im Ressort Nachachtung verschafft. Mit dem Eintritt in den Gemeinderat hat Christine Bobst auch gleich den Auftrag erhalten, ihr eigenes Postulat «BELLangenthal» umzusetzen, welches sie noch in der Funktion als Stadträtin einreichte. In den letzten 3 ½ Jahren hat sie das Ressort Bildung und Jugend geführt. Dieses Ressort ist bekanntermassen mit sehr viel Arbeitsaufwand verbunden. Natürlich hat sie als Ressortvorsteherin auch das Präsidium der Volksschulkommission ausgeführt.*

*Christine D'Ingiandi-Bobst hat sehr viel geleistet. Wenn Hans-Jürg Käser darüber referiert, welche Eigenschaften ein Politiker idealerweise haben sollte, erwähnt dieser jeweils Leidenschaft, Verantwortungsbewusstsein und Augenmass. Über diese Eigenschaften verfügt Christine D'Ingiandi-Bobst. Zudem nimmt sie ihre Aufgaben immer mit Herzblut wahr. In alle Geschäfte und Fragen, die sie in den vergangenen fast 10 Jahren behandelte und bearbeitete, ist viel Herzblut und grosses Engagement eingeflossen. Allen Anwesenden ist wohl bewusst, dass dies nicht selbstverständlich ist.*

*Christine D'Ingiandi-Bobst ist in anderen Bereichen nicht als typische Politikerin zu bezeichnen. Politiker werden ja oft nicht der ehrlichsten Berufsgattung zugeordnet. Christine D'Ingiandi-Bobst ist aber wirklich eine ehrliche Haut und damit authentisch in ihrem Wirken. Weil sie viel Herzblut vergiesst und bestehende Zweifel nicht verheimlicht, ist sie glaubhaft. Damit unterscheidet sie sich von gewissen Politikern, die auf nationaler Ebene tätig sind, aber auch von Politikern, die auf kommunaler Ebene wirken. Vielleicht muss auch ich mich gelegentlich dazuzählen, wenn ich mich hinstelle und sage: «So ist es und alles andere ist Kabis!». Christine D'Ingiandi-Bobst tut dies bestimmt nicht. Sie sieht nicht nur schwarz und weiss, weil es eben nicht nur Schwarz und Weiss gibt. Durch die transparente Vorgehensweise von Christine D'Ingiandi-Bobst kann auch der grosse Rückhalt erklärt werden, den sie in der Bevölkerung geniesst.*

*Am heutigen Abend verabschieden wir eine authentische Gemeinderätin und vor allem eine politische Schwerarbeiterin. Christine D'Ingiandi-Bobst hat in den letzten 10 Jahren sehr viel Zeit in ihr Amt investiert. Eine Quantifizierung des Aufwandes, ob es sich um ein 10, 20 oder 30%-tiges Pensum handelt, ist weder möglich noch nötig. Wichtig ist einfach, dass sie sehr viel Zeit aufgewendet hat und dementsprechend in anderen Bereichen natürlich zurückstehen musste, wofür ich Christine D'Ingiandi-Bobst namens des Parlaments herzlich danke.*

*Liebe Christine, ganz herzlichen Dank für alles, was du für das Dorf bzw. für die Stadt Langenthal und deren Bevölkerung geleistet hast. Du pflegst nicht den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und die Sache jeweils genau und kritisch zu betrachten, obschon es gelegentlich einfacher für dich wäre, die Sache einfach durchzuwinken. Genau solche Leute brauchen wir auf nationaler, kantonaler und auf kommunaler Ebene. Persönlich bin ich immer froh gewesen, dass du Mitglied des Gemeinderates bist. Ich hoffe nun, dass du nach einer schöpferischen Pause – während du mehr Zeit für die Familie hast – wieder in die Politik zurückkehrst."*

(Applaus)



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP):** Mit der Übergabe eines Blumenstrausses danke er Christine D'Ingiandi-Bobst namens des Stadtrates für ihr zeitintensives Engagement ausserhalb des Jobs und der Familie.

*(Applaus)*

**Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst (JL):** *"Ich habe mich nach reiflicher Überlegung zum Rücktritt entschieden, obschon es mir weder an Freude noch an Motivation fehlt. Dementsprechend fällt mir der Abschied auch sehr schwer. Zwei Faktoren sind für meinen Rücktritt massgebend: Kontinuität im Gemeinderat und Familie.*

*Wer das Argument der Kontinuität als unglaubwürdig oder als unbedeutend bezeichnet, oder es gar ins Lächerliche zieht, der erkennt bzw. anerkennt die Leistung der Stadtverwaltung und der Milizexekutive nicht.*

*Zusammen mit dem Stadtpräsidenten bin ich seit 10 Jahren Mitglied des Gemeinderats. Damit bin ich die «Amtsälteste» und kann mit meinem vorzeitigen Rücktritt - in der 3. Amtsperiode - die Kontinuität im Gemeinderat gewährleisten. Meine lieben Gemeinderatskollegen sollen ihre relativ kurzen Amtszeiten von insgesamt 8 Jahren geniessen. Dazu wünsche ich Ihnen viel Spass und Erfolg.*

*Mein Nachfolger kann zu einem geeigneten Zeitpunkt das im Jahr 2015 angelaufene und bis ins Jahr 2017 hineinreichende Projekt der «erweiterten Schulraumplanung» sowie weitere fortgeschrittene Geschäfte, wie die Ferieninsel, die Krippenplätze und ict4kids-Gesamtkreditabrechnung, übernehmen. Ich denke, dass mindestens zwei dieser genannten Geschäfte dem Stadtrat noch dieses Jahr zur Beratung vorgelegt werden können - ohne meinen Nachfolger damit allzu fest unter Druck setzen zu wollen.*

*Ein früherer Rücktritt ist für mich nicht in Frage gekommen, weil ich das Ressort Bildung und Jugend im Jahr 2013 übernommen habe und unter anderem in der Volksschulkommission dringend anstehende Arbeiten vorantreiben wollte.*

*Nach zwei Jahren ohne Amtsvorsteher wird das Amt für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS) seit mittlerweile vier Monaten wieder von einem Amtsvorsteher geleitet. Wie Gemeinderat Daniel Rügger, der als Ressortvorsteher Kultur und Sport ebenfalls dem ABiKuS zugeteilt ist, habe ich sozusagen zwei «wilde Jahre» erlebt.*

*Der Amtsvorsteher ABiKuS, Daniel Ott, hat mich bereits vor Ablauf seiner ersten 100 Tage im Amt mit seiner Arbeit überzeugt. Zusammen mit meinem Nachfolger und den Mitgliedern der Volksschulkommission wird Daniel Ott die eingeschlagene Richtung weit über das kommende Jahresende hinaus weiterführen.*

*Die Familie ist der zweite Faktor, der mich zum Rücktritt bewegt. Zuhause wartet eine 4-jährige Tochter auf mich, die meine bis anhin starke Abwesenheit zunehmend wahrgenommen hat. Sie hat auch schon auf mich gewartet, bis ich von einer Stadtratssitzung zurück war. Die Momente, die sie auf mich warten muss, sind derart zahlreich geworden, dass die 8 Monate bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode einer Ewigkeit gleich kämen. Der 3-fach-Belastung habe ich auch im Hinblick darauf, dass meine Amtszeit als Gemeinderätin ohnehin am Ende dieses Jahres abläuft, nicht mit einem weiteren beruflichen Kürzertreten begegnen können.*

*Es kann gut sein, dass ihr mich in naher Zukunft bei der Jugendarbeit ToKJO oder im bzI-Rat, wo ich seit einem Jahr als ad interim-Präsidentin fungiere, antrefft. Insbesondere der Standort des Bildungszentrums bzI und dessen Vertretung gegenüber dem Kanton muss von der Stadt mit Bestimmung und Nachhaltigkeit betrieben werden.*

*Mein Dank geht an:*

- *meine Eltern Susi und Richard. Ohne sie hätte ich die letzten vier Jahre nicht bewerkstelligen können.*
- *meinen Mann Fabrizio und an meine Tochter Nives.*
- *den Stadtpräsidenten Thomas Rufener und an meine Kollegen im Gemeinderat. Jeder einzelne von ihnen ist mir ans Herz gewachsen, weshalb mir der Abschied besonders schwer fällt. Im Gemeinderatskollegium habe ich eine Zusammenarbeit und Wertschätzung erlebt, die nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann und die den Namen Kollegium wirklich verdient. Mein Nachfolger kann sich auf die Zusammenarbeit freuen.*



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

- *Stadtschreiber Daniel Steiner sowie an das gesamte Personal und an die Geschäftsleitung der Stadtverwaltung.*
- *das ABiKuS. Daniel Ott, Soray Taibo, Fabian Muff und Tanja Lang haben mein Ressort immer zu meiner vollsten Zufriedenheit abgedeckt.*
- *die Schulleitungen. Vorab an den sehr engagierten Rektor Armin Flükiger sowie an das gesamte über 200-köpfige Langenthaler Lehrerkollegium.*
- *an die Mitglieder der Volksschulkommission. Auch diesen 11-köpfigen "Haufen" (inkl. Präsidium), der mit voller Kraft und Energie in eine Richtung zieht, verlasse ich nur ungern.*
- *die Jugendarbeit ToKJO.*
- *die Jungliberalen sowie an die FDP/jll/BDP-Fraktion.*
- *Pascal Dietrich. Seine wertschätzenden Worte haben mich zutiefst berührt und gefreut.*
- *die Stadträtinnen und Stadträte. Ich danke für die stets sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit. Ein Merci auch für die unschätzbare nebenamtliche Tätigkeit im Parlament, in Kommissionen usw. und ein Merci für die positiven und offenen Begegnungen, die ich mit euch hatte und auch in Zukunft noch haben werde.*

*Die stellvertretende Stadtschreiberin Mirjam Tschumi – die wie ich heute letztmals an einer Sitzung des Stadtrates Langenthal teilnimmt – und ich laden euch im Anschluss an die Sitzung ins "La Piazzetta" ein, um auf die Vergangenheit und die Zukunft anzustossen.*

*Ich wünsche euch allen in jeder Hinsicht für die Zukunft das Allerbeste. Ich danke für eure sehr geschätzte Aufmerksamkeit. Machet's guet!*

*(Applaus)*

**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP):** Wie zu Beginn der heutigen Sitzung bereits erwähnt, entstehe durch einen Rücktritt auch Platz für Neues. FDP-Stadtrat Markus Gfeller übernehme bekanntermassen ab morgen den frei werdenden Sitz im Gemeinderatsgremium und trete damit am heutigen Abend aus dem Stadtrat zurück. Namens des Stadtrates danke er Stadtrat Markus Gfeller für sein langjähriges Engagement als Mitglied des Stadtrates mit der Übergabe eines Blumenstrausses.

Er persönlich sei gespannt darauf, ob Markus Gfeller auch als Gemeinderat mit Gedenkkerzen oder mit pointierten Statements für etwas Auflockerung im teilweise etwas formalistischen Ratsbetrieb sorgen werde.

*(Applaus)*

**Markus Gfeller (FDP):** *"Als Mitglied des Stadtrates seit dem Jahre 2005 habe ich mir oft gedacht, wieso der Gemeinderat für gewisse Sachen so viel Zeit braucht. Es wird sich schon bald zeigen, ob ich als Gemeinderatsmitglied die Sache besser mache. Ich danke euch auf alle Fälle für die bis anhin angenehme Zusammenarbeit und hoffe, dass ich auch als Mitglied des Gemeinderates – wenn ich etwas zu sagen habe – auf eure Unterstützung zählen darf."*

**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP):** Last but not least, müsse leider zur Kenntnis genommen werden, dass sich die stv. Stadtschreiberin und stv. Ratssekretärin, Mirjam Tschumi, beruflich neu orientieren wolle. Ungeachtet der politischen Couleur sei dieser Umstand mit grossem Bedauern aufgenommen worden. Ganz getreu dem Motto: *"Reisende soll man nicht aufhalten!"* müsse das Langenthaler Parlament Mirjam Tschumi ziehen lassen.

Mit dem Weggang von Mirjam Tschumi gehe viel Know-How und eine für alle Ratsmitglieder sehr wichtige Ansprechperson verloren. Mirjam Tschumi habe – ob im Vorfeld von Sitzungen oder anlässlich von Ratssitzungen selber – den Ratsbetrieb immer tatkräftig unterstützt. Auch der Geschäftsprüfungskommission sei Mirjam Tschumi als deren stv. Sekretärin immer mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Sie habe bei Entscheidungsfindungen oft angeregt, den Kopf vielleicht etwas "schräg zu halten", wodurch viele gute Ideen entstanden seien. In diesem Sinne danke er Mirjam Tschumi namens des Stadtrates sehr für das geleistete Engagement.



# Stadtrat

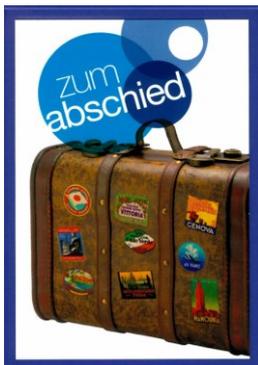
Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

**stv. Stadtschreiberin Mirjam Tschumi:** "Mir hat es sehr viel Freude bereitet, den Ratsbetrieb in den letzten 5 1/2 Jahren unterstützen zu dürfen. Ich werde die vielen persönlichen und wertschätzenden Kontakte mit euch in Erinnerung behalten. Ein grosses Merci von mir geht an Gaby, welche als stille Schafferin einen grossen Beitrag leistet, damit die Montag Abende jeweils reibungslos funktionieren."

Es freut mich, dass der Gemeinderat letzte Woche meine Nachfolge bestimmen konnte. Meine Nachfolgerin wird ab 1. August 2016 unter anderem auch in die Funktion der stv. Sekretärin des Parlaments und der Geschäftsprüfungskommission eingeführt. In der Zwischenzeit (ab 1. Juni) wird Stadtschreiber Daniel Steiner in seine alte Funktion zurückrutschen und dem Parlament als Ansprechperson zur Verfügung stehen.

Ich würde mich freuen, wenn ich im Anschluss an die Sitzung – wie Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst bereits angekündigt hat – mit vielen von euch im "La Piazzetta" mit einem Glas Wein oder Bier anstossen könnte, um mich persönlich zu verabschieden. All jenen, denen ich nicht mehr begegne, wünsche an dieser Stelle alles Gute für die Zukunft und bedanke mich für die schöne Zeit, die ich im Langenthaler Stadtrat habe erleben dürfen."

(Übergabe eines Blumenstrausses und einer Glückwunschkarte durch den Stadtratspräsidenten Bernhard Marti; Applaus)



Das Leben ist wie ein Buch,  
und wer nicht reist, liest nur ein wenig davon.  
Jean Paul (1763-1825), deutscher Schriftsteller

Liebe Mirjam  
Ein Kapitel deines beruflichen Lebens geht nun zu Ende. Wir hoffen, du darfst eine spannende Langenthaler Verwaltungs- und Politikgeschichte mit interessanten Abschnitten und tollen Protagonisten erleben und geniessen. Wir haben dich als fachlich kompetente, hilfsbereite und sehr lebenswürdige Person erlebt, die ihre Arbeit als stellvertretende Stadtschreiberin immer diszipliniert und sachlich erledigte. Du warst der ruhende Pol in unserem teils hektischen Ratsbetrieb und wusstest – zu unserem Glück – auch auf komplizierte juristische Fragen stets eine Antwort. Wir danken dir ganz herzlich für die äusserst angenehme Zusammenarbeit. Mit Spannung wirst du nun wohl die erste Seite des neuen Kapitels aufschlagen und dich auf packende Geschichten freuen. Für diese Weiterreise und alle neuen Herausforderungen wünschen wir dir viel Freude, Erfolg und alles Gute.



Langenthaler Stadtrat, 2. Mai 2016



**Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP):** Dem ratseigenen Floristen (Stadtrat Michael Schenk) danke er nicht nur für die Lieferung der heute weitergegebenen Bouquets, sondern auch für die Dekoration des Ratssaales mit Blumenschmuck.



Die nächste Stadtratssitzung (20. Juni 2016) finde im Schulhaus Kreuzfeld 3 statt.

Bevor die Sitzung mit dem Läuten des Sitzungsglöckleins geschlossen werde, weist er darauf hin, dass das Glöcklein am Rand mit der Inschrift: "GESTIFTET VON HANS-JÜRIG KÄSER STADT-PRÄSIDENT 1997" versehen sei.



Ende der Stadtratssitzung: 21.20 Uhr



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 2. Mai 2016

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-